## Es ist Zeit für den Wechsel

**Für ein soziales, ökologisches und demokratisches Bayern**

# Regierungsprogramm der Bayern SPD 1994

Bayern SPD

C 94 - 02040

# Es ist Zeit für den Wechsel

**Für ein soziales, ökologisches und demokratisches Bayern**

**Regierungsprogramm der BayernSPD**

**1994**

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn
Bibliothek

C 94 - 02040

# Es ist Zeit für den Wechsel

## Für ein soziales, ökologisches und demokratisches Bayern

## Regierungsprogramm der BayernSPD

### Inhalt


| | | |
|---|---|---|
| 1. | Den Wandel gestalten - Unsere Werte und Ziele | 4 |
| 2. | Schwerpunkte sozialdemokratischer Regierungspolitik | 4 |
| 2.1. | Arbeit für alle - Wirtschaftspolitik in Bayern | 4 |
| 2.2. | Ökologisches Bayern | 11 |
| 2.3. | Soziale Gerechtigkeit - Familie fördern - Gesundheit - Recht auf Wohnen - Aktives Alter, Sicheres Alter | 19 |
| 2.4. | Gleichstellungspolitik | 26 |
| 2.5. | Bildung - Ausbildung - Qualifizierung - Erwachsenenbildung | 27 |
| 2.6. | Kultur und Medien in Bayern | 35 |
| 2.7. | Bürger - Staat - Verwaltung | 36 |
| 2.8. | Wir in Europa | 41 |

## 1. Den Wandel gestalten - Unsere Werte und Ziele

Die SPD wird bei der Gestaltung des Wandels zur Erneuerung in Bayern ihren grundlegenden Werten verpflichtet bleiben. Wir wollen

- Frieden und Freiheit im Inneren und nach außen sichern,
- soziale Gerechtigkeit und Wohlstand miteinander verbinden,
- die Gleichstellung von Mann und Frau in Staat und Gesellschaft verwirklichen,
- die Bewahrung der Umwelt zu einem großen Thema unserer Gesellschaft machen und
- die kulturelle Vielfalt in Bayern erhalten und mehren.

Das Bekenntnis zu diesen Werten erfolgt nicht losgelöst von konkreten politischen Forderungen nach:

(1) Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit und Erhalt des Sozialstaats. Deshalb wollen wir Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Arbeit für alle schafft soziale Sicherheit und schützt die Demokratie;

(2) einem Lebens- und Wirtschaftsraum Bayern als ökologische Modellregion in Deutschland und Europa; mit neuen und zukunftsträchtigen Arbeitsplätzen, zur wirtschaftlichen Modernisierung für eine neue Qualität internationalen Wettbewerbs;

(3) einer Verbindung von ökonomischer Erneuerung und sozialer Gerechtigkeit. Wir werden darauf achten, daß Lasten gerecht verteilt werden. Wir werden die Umverteilungspolitik der vergangenen 10 Jahre zu korrigieren versuchen. Die steigende Armut in unserer Gesellschaft bekämpfen wir entschieden;

(4) einer Gleichstellungspolitik für Bayern, die für Mädchen und Frauen entsprechend ihren Fähigkeiten und Wünschen Ausbildungs- und Arbeitsplätze schafft, Aufstiegschancen eröffnet, und einer Familienpolitik, die für Frauen und Männer gleichermaßen die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit herstellt;

(5) einer Demokratisierung des Verhältnisses zwischen Bürgern, Staat und Verwaltung.

(6) Sicherung der Liberalität in Bayern

Politik heißt für uns: Den Wandel sozial und ökologisch gestalten. Die Verantwortung dafür wollen wir Sozialdemokraten in Bayern übernehmen.

## 2. Schwerpunkte sozialdemokratischer Regierungspolitik

### 2.1. Arbeit für alle - Wirtschaftspolitik in Bayern

#### Lage

Die Zahl der Arbeitslosen in Bayern beträgt im Jahresdurchschnitt 1994 circa 400.000. Dies ist der höchste Stand in den letzten 10 Jahren. Im Vergleich zum Vorjahr wuchs in Bayern die Zahl der Arbeitslosen doppelt so hoch wie in den anderen alten Bundesländern. Neben immer mehr Jugendlichen und Frauen sind mittlerweile auch viele gut qualifizierte Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer betroffen. Neben der anhaltend schlechten Konjunktur macht sich der strukturelle Umbruch in weiten Teilen der bayerischen Wirtschaft in fortschreitender Weise bemerkbar.

Die amtierende Staatsregierung hat durch wirtschafts- und strukturpolitische Versäumnisse wichtige Positionen im nationalen und internationalen Wettbewerb verschenkt. Arbeitslosigkeit ist eine Folge, wirtschaftlicher Rückgang, fehlende Zukunftschancen ganzer Branchen und Regionen sind die anderen. Bayern steht heute am Scheideweg. Nur eine umfassend ansetzende Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Umweltpolitik kann dazu verhelfen, verlorene Positionen wiederzugewinnen und nachhaltiges, qualitatives Wachstum auf Dauer sichern.

**Was wir kritisieren**

Die Antworten der bayerischen Staatsregierung und der CSU auf die Herausforderungen des Arbeitsmarktes und der wirtschaftlichen Probleme des Landes beschränken sich auf vordergründigen Aktionismus. Mit traditioneller Wirtschaftsförderungspolitik, unrealistischen Förderankündigungen ("Bayern-Milliarde"), ineffizienter Programmvielfalt bei Fördermaßnahmen, einer kurzsichtigen Privatisierungskampagne staatlicher Unternehmensbeteiligungen und unsinniger Arbeitszeitverlängerung wird versucht, die arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Passivität der CSU-Regierungspolitik in den vergangenen Jahrzehnten zu beschönigen.

Statt Konsequenzen aus dem Niedergang der jahrzehntelang ausgebauten wehrtechnischen Industrie, dem Nachfrageeinbruch im Automobilbereich, der Krise im Maschinenbau und den Problemen der Informations- und Kommunikationsindustrie zu ziehen, bestimmen drei falsche Rezepte die CSU-Politik: Senkung der Löhne und Lohnnebenkosten, undifferenzierte Entlastung der Unternehmen bei Steuern und Abbau der sozialen und ökologischen Standards.

**Was wir erreichen wollen: Unsere Ziele**

Wir wollen, daß in Bayern die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angemessene Löhne erhalten, die sozialen und ökologischen Standards gesichert und weiter entwickelt werden können.

Dazu brauchen wir eine hochproduktive Industrie und eine international wettbewerbsfähige Wirtschaft. Sie kann und muß gleichzeitig ökologisch vertretbar, menschlich und sozial verträglich sein. Dies ist möglich - bedarf aber einer gemeinsamen großen Anstrengung von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere bei Forschung und Bildung.

Den notwendigen Strukturwandel werden wir fördern; er darf jedoch nicht dazu führen, daß bei sich verschärfenden Krisen immer größere Gruppen von Menschen an den Rand gedrängt und abgeschoben werden. Wir fordern deswegen mehr Solidarität.

Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze wollen wir eine intelligentere und gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeit und die Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit. Wir unterstützen die vielfältigen Initiativen der Gewerkschaften zur Arbeitszeitverkürzung und lehnen alle falschen Signale der öffentlichen Arbeitgeber in der Arbeitszeitfrage ab.

Um das Recht auf Arbeit in Bayern zu verwirklichen, müssen wir das Bemühen um die Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze in den Mittelpunkt stellen. Die Verteilung und Sicherung vorhandener und neuer Arbeitsplätze muß so geschehen, daß möglichst viele Arbeitssuchende daraus Nutzen ziehen können. Insbesondere muß gewährleistet sein, daß aus solchen Arbeitsverhältnissen durch nicht mehr ausreichende soziale Absicherung zukünfig keine Sozialhilfe-Empfänger entstehen.

Zur Finanzierung von Beschäftigung anstelle von Arbeitslosigkeit schließen wir eine eng begrenzte Erhöhung der Nettoneuverschuldung nicht aus. Die Mittel müssen in Zukunftsinvestitionen fließen.

## Arbeit sichern, schaffen und besser verteilen

### Aktive standortsichernde Arbeitsmarktpolitik - Arbeitsmarktprogramm - Feuerwehrfonds

Es kann nicht Aufgabe bayerischer Landespolitik sein, das wirtschafts-, finanz- und beschäftigungspolitische Versagen der Bundesregierung mit unzureichender Finanzausstattung und unzureichenden Instrumenten regional zu kompensieren. Dennoch ist offensichtlich, daß in wirtschaftlichen Krisenzeiten die Landespolitik stärker denn je gefordert ist, wenn ganze Regionen, wie z.B. Schweinfurt, tiefgehende Einbrüche zu verkraften haben.

Wir wollen beschäftigungswirksame Investitionsprogramme in allen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen. Die Mittel sind vorwiegend den kommunalen und regionalen Ebenen zur Verfügung zu stellen und von diesen einzusetzen. Damit diese öffentlichen Investitionen demokratisch, bürgernah und frauenorientiert vergeben werden können, sollen Regionalausschüsse über die Vergabe der Mittel mitentscheiden.

Daher fordern wir ein **Landesarbeitsmarktprogramm,** das in der Anlaufphase mit 200 Mio DM ausgestattet wird. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten der EU-Förderung in vollem Umfang auszuschöpfen. Das Arbeitsmarktprogramm hat folgende Zielsetzungen:

- An Industriestandorten und Regionen mit besonderen strukturellen Problemen oder überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit werden zur Durchführung des Programms **Qualifizierungs- und Entwicklungsgesellschaften** gebildet. In diese Gesellschaften sind die örtlichen Arbeitsämter, die Betriebe (Firmenleitungen und Betriebsräte), die zuständigen Gewerkschaften sowie die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern sowie ansässige Bildungsträger und örtliche Gebietskörperschaften einzubeziehen. Das ist beim kommunalen Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden entsprechend zu berücksichtigen.

- Die Gesellschaften haben die Aufgabe,

  Arbeitslose zu qualifizieren sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Übernahme in Qualifizierungsmaßnahmen vor dem Verlust des Arbeitsplatzes zu bewahren und

  Produktideen durch arbeitslose Fachkräfte bis zur Serienreife fortzuentwickeln.

- **Soziale Betriebe** sollen mit öffentlicher Förderung für besondere Problemgruppen des Arbeitsmarktes Beschäftigungsangebote entwickeln. Dabei sollen Konzepte und Projekte von kommunalen Initiativen und Wohlfahrsverbänden fortgeführt und weiterentwickelt werden.

- Als ein **"Feuerwehrfonds"** soll ein staatliches Überbrückungs- und Strukturhilfeprogramm für Unternehmen in Krisenbranchen mit anfänglich 200 Mio. DM bereitgestellt werden. Im Gegensatz zu den Zinsverbilligungsprogrammen der CSU-Regierung sollen die Liquiditätszuschüsse als zeitlich befristete Anpassungshilfen und Beschäftigungsbrücken für konjunkturell gefährdete Betriebe mit Marktperspektive dienen.

- Darüber hinaus sind erhöhte Landesbürgschaften und mehr Wagniskapital bereitzustellen, um den Anreiz für Innovationen zu erhöhen.

- Wir werden **staatliche Beteiligungen** strukturpolitisch nutzen. Beteiligungen ohne strukturpolitische Bedeutung rechtfertigen kein staatliches Engagement und können marktgerecht bewertet veräußert werden. Verkaufserlöse müssen unter anderem für innovative Existenzgründungen, zur Eigenkapitalhilfe und als Wagniskapital für mittelständische Unternehmen in Problemregionen zur Verfügung gestellt werden.

## Innovationsoffensive: Neue Arbeitsplätze durch Innovation und Qualifikation

Mit einer Innovationsoffensive für mehr ökologische, technologische und humane Arbeitsplätze soll die bayerische Wirtschaft modernisiert werden und gleichzeitig mehr Lebensqualität entstehen.

Öffentliche Zukunftsinvestitionen sollen verstärkt und zeitlich vorgezogen werden. Bedingung ist erstens eine strenge Auswahl der Projekte bezüglich des Zukunftsnutzens vor allem unter ökologischen Gesichtspunkten und zweitens die Sicherstellung, daß es sich tatsächlich nur um ein Vorziehen, nicht um eine verschleierte Erhöhung der Staatsquote handelt. Öffentliche Förderung setzt den Nachweis der wirtschaftlichen Notwendigkeit einer Subventionierung voraus.

Zur Wiedergewinnung einer technologischen Spitzenposition ist ebenso eine umfangreiche, differenzierte und branchenbezogene Innovationsförderung notwendig. Schwerpunkte sind Materialforschung, Software, Logistikstrukturen und Informationstechnik.

Im Rahmen einer projektorientierten **Verbundforschung** zwischen mittelständischen Betrieben und Fachhochschul- oder Hochschuleinrichtungen legen wir ein mit 100 Mio DM ausgestattetes Programm auf, das Projekte auf regionaler Ebene fördert. Projekte werden bis zu 50 Prozent bezuschußt; die maximale Förderung pro Projekt beträgt zwei Millionen Mark. Ziel ist die marktreife Produktentwicklung. Konzernbetriebe, die sich aus der Region zurückziehen, müssen die Fördergelder zurückzahlen.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik wird sich auf die zentralen Zukunftsaufgaben konzentrieren. Angesichts begrenzter öffentlicher Mittel muß die Zersplitterung der Programmförderung in zahlreiche Einzeltöpfe von einer schwerpunktmäßigen Projektförderung abgelöst werden. Finanzielle Mittel müssen künftig vorrangig für die Gestaltung chancenreicher Zukunftsinvestitionen und für die zeitlich begrenzte Hilfe zur Sanierung erhaltenswerter Krisenbetriebe eingesetzt werden. Im Vordergrund muß das Ziel einer Effizienzsteigerung stehen.

In der Struktur- und Industriepolitik sind Schwerpunkte für Krisenbranchen zu setzen. Von der Strukturkrise in Bayern besonders hart betroffen ist die wehrtechnische Industrie. Jetzt sind konkrete Schritte für Rüstungskonversion notwendig. In diesem Bereich liegt heute eine große volkswirtschaftliche Chance, Ressourcen für sinnvolle und gesellschaftlich erwünschte Güter und Aufgaben einzusetzen.

Hart bedrängt durch weltweite Konkurrenz, insbesondere aus Fernost und den USA, ist die Informations- und Kommunikationsindustrie. Die ohnehin harten Wettbewerbsbedingungen dürfen nicht durch unfaire Verzerrungen in der öffentlichen Nachfrage (z.B. der Post) in den Wettbewerbsländern deutlich verschlechtert werden. Wir werden uns für eine schnelle, weltweite Harmonisierung der Normen einsetzen. Europäische Normen sind ein erster, notwendiger Zwischenschritt.

In einem harten Überlebenskampf befinden sich auch die Kfz-Zulieferindustrie und der Maschinenbau in Bayern. Wir werden unverzüglich eine Gemeinschaftsinitiative "Wirtschaft und Politik" mit den Unternehmen und Arbeitnehmervertretungen sowohl der Kfz-Zulieferer und Automobilhersteller als auch des Maschinenbaus einberufen, um ein strukturpolitisches Sofortprogramm gemeinsam mit den betroffenen Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Vertretern von Wissenschaft und Gewerkschaften, Verbänden, betroffenen Kommunen und öffentlichen Institutionen zu erstellen.

## Zukunftsarbeitsplätze im Mittelstand und im Handwerk

Mit 67% stellt der Mittelstand die meisten Arbeitsplätze und trägt mit 80% die Hauptlast der Berufsausbildung in Bayern. 57% des bayerischen Bruttoinlandsprodukts werden vom Mittelstand erwirtschaftet. Dagegen ist das mittelständische Gewerbe mit weniger als einem Fünftel am Export Bayerns beteiligt, das Handwerk nur mit 2-3%.

Die Wirtschaftsstandortdiskussion der CSU-Regierung konzentriert sich überwiegend auf den Industriestandort Bayern und namhafte industrielle Großbetriebe. Die nach außen viel beschworene CSU-Mittelstandspolitik wird charakterisiert durch Versprechungen, Hinhaltungen und durch ein unkoordiniertes, technokratisches Sammelsurium von schlecht ausgestatteten Einzelprogrammen. Eine Zukunftsstrategie für den Mittelstand fehlt. Sie ist dringend notwendig.

Wir werden die Ergebnisse staatlicher Forschungs-, Entwicklungs- und Technologieförderung vermehrt und schneller kleinen und mittleren Unternehmen zur Verfügung stellen. Dazu werden in allen Regierungsbezirken Transferzentren eingerichtet, die vor allem mittelständischen Unternehmen dienen und deren Aufgabe es ist, die von vielen Stellen (im Bereich der Industrie, an Universitäten, Forschungsinstituten usw.) erbrachten, unkoordinierten Erkenntnisse zu bündeln und in nutzergeeigneter Form weiterzugeben.

Zum Schutz und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in mittelständischen Betrieben und im Handwerk, zum Beispiel im Handel und bei der Kfz-Zulieferindustrie, werden wir monopolähnlicher Machtkonzentration und der Zwangslage mittelständischer Auftragnehmer entgegenwirken und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge den Mittelstand stärker berücksichtigen. Im Bund wollen wir darauf hinwirken, daß geeignete Wettbewerbsinstrumente geschaffen bzw. wirksam eingesetzt werden oder das Wettbewerbsrecht entsprechend geändert wird. Das Wettbewerbsrecht muß nötigenfalls so angepaßt werden, daß es gemeinsamen Einkauf, Vertrieb und Service ermöglicht.

Wagniskapital, das für innovative Zwecke eingesetzt wird, werden wir absichern und uns beim Bund für eine steuerliche Begünstigung einsetzen.

## Zukunftsarbeitsplätze im öffentlichen Bereich

Wir wollen Arbeitsplätze bei Staat und Gemeinden sichern und die öffentliche Beschäftigung für soziale, ökologische und kulturelle Dienstleistungen ausbauen.

## Erwerbsarbeit der Zukunft: In den Menschen investieren

Die Humanisierung und Demokratisierung der Arbeit muß mit Arbeitszeitverkürzung einhergehen. Dies gilt vor allem für die Wochenarbeitszeit, aber auch für die Lebensarbeitszeit. Durch den demographischen Wandel wird sich das Durchschnittsalter der Beschäftigten erhöhen, dadurch werden die Unternehmen gezwungen, auf ihre bisherigen Personalkonzeptionen der "olympiareifen" Belegschaften, die hoch flexibel und kapazitätsorientiert permanent Hochleistungen vollbringen, zu verzichten. Diese Entwicklung wollen wir zu einer umfassenden Humanisierung der Arbeitswelt nutzen, um den Bedürfnissen und Möglichkeiten der älteren lohnabhängigen Beschäftigten gerecht zu werden. Die Älteren müssen zu altersgerechten Bedingungen in den Arbeitsprozeß integriert werden.

Schon vor dem Jahr 2000 werden wir in Deutschland mehr über 50 Jahre alte Erwerbstätige als unter 30-jährige Erwerbstätige haben. Bayern macht da keine Ausnahme.

Wir treten dafür ein, anstelle der erzwungenen Frühverrentung die Kompetenz und Erfahrung älterer Arbeitnehmer zu nutzen. Die bisherige Personalplanung der Betriebe ist jugendzentriert und hat bisher ihre Beschäftigungsprobleme in der Regel durch staatlich subventionierte Frühverrentung gelöst - in einer Höhe, die einzigartig unter den Industrienationen ist. Dieses "Ex und Hopp" qualifizierter Menschen entlastet zwar den Arbeitsmarkt und erscheint angesichts der politisch nicht gewagten Vollbeschäftigungspolitik kurzfristig wirksam, ist aber bei der absehbaren Altersstruktur mittel- und langfristig nicht vertretbar.

Angesichts des rasanten technologischen Fortschritts und der Internationalisierung der Märkte, reicht das zu Anfang des Berufslebens erworbene Wissen immer weniger aus, um den Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft gerecht zu werden.

Um weltweit wettbewerbsfähig zu sein, reicht es nicht aus, nur auf einen soliden Kapitalstock zu setzen. Es gilt, in Wissen und Qualifikation der Menschen zu investieren und ihre Kreativität zu fördern. Deshalb wollen wir die Weiterbildung umfassend reformieren und - neben Schule, beruflicher Bildung und Hochschule - zu einer vollwertigen vierten Säule unseres Bildungssystems ausbauen.

Zur politischen Bildung und zur Weiterbildung werden wir einen Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub begründen.

**Frauen im Beruf - Unverzichtbares Arbeits- und Innovationspotential**

Obwohl der Wirtschaft viele Fachkräfte fehlen, sind - gemessen an ihren Wünschen - zu wenige Frauen berufstätig. Andererseits ist die Arbeitslosigkeit junger Frauen auf allen Qualifikationsebenen wesentlich höher als bei Männern. Allzu oft fehlen für Frauen berufliche Aufstiegschancen. In vielen Fällen sind Frauen als geringfügig Beschäftigte bei Krankheit und Erwerbslosigkeit nicht geschützt und erwerben keinen Anspruch auf Altersrente.

In den nächsten 10 Jahren wird das Überleben vieler kleiner Unternehmen und Handwerksbetriebe davon abhängen, ob sie jüngere Frauen für "Männerberufe" gewinnen, denn der Konkurrenzkampf um junge Männer wird hart. Mittlere, aber auch größere Betriebe werden auf weibliche Nachwuchskräfte nicht mehr verzichten können. Weder die Betriebe noch die jungen Frauen sind auf die kommenden neuen Strukturen vorbereitet. Für die Frauen ergibt sich eine zunehmende Diskrepanz zwischen ihren - auch familieneinbeziehenden - Lebenszielen und den Ansprüchen der Arbeitswelt. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik übergehen bisher in Bayern weitgehend die Ansprüche der Familien an soziale Infrastruktur - von der Kinderkrippe bis zum Hortplatz - und Familienleistungsausgleich.

**Reform der Arbeitsorganisation - Mitbestimmung**

Wir wollen die Wirtschaft demokratisch, sozial und ökologisch umgestalten und die Gleichstellung durchsetzen. Mitbestimmung ist dabei ein Teil fortschreitender Demokratisierung der Gesellschaft, die autoritäre Beziehungen durch Selbstbestimmung und freiwillige Kooperation ersetzt. Wir werden eine grundlegende Reform des bayerischen Personalvertretungsgesetzes durchsetzen. Sowohl die Rechte des arbeitenden Individuums als auch die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Personalräte müssen erheblich ausgeweitet werden.

Wir werden gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür sorgen, daß Bayern eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung und Einführung sozial- und tarifrechlich abgesicherter Arbeitszeitmodelle im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft übernimmt. Dabei muß garantiert werden, daß im entsprechenden Umfang zusätzliche Arbeitsplätze entstehen und bei Arbeitszeitverkürzung Lohnausgleich geleistet wird sowie Männer und Frauen gleichermaßen einbezogen werden.

Die notwendige Reform der Wirtschaft beinhaltet neben der Reform der Arbeitsorganisation und des Managements neue Beteiligungsformen und **Stärkung der Mitbestimmung und Mitwirkung,** die den Beteiligungswünschen der immer besser qualifizierten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auf allen Ebenen Rechnung trägt. Wir fordern die Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten, insbesondere auch bei der Produktgestaltung sowie den Abbau ineffizienter Hierarchien. Eine bessere Organisation der Produktion dient dem Transport von Ideen und fördert die betriebsnotwendige interne Diskussion.

Wir werden das Forschungs- und Arbeitsprogramm zur Humanisierung der Arbeit wieder auflegen und auf der Grundlage der gesammelten Erfahrungen fortführen.

## Regionale Strukturpolitik - Von der Krisenbewältigung zum Chancenmanagement

Gemessen an den ökonomischen Zukunftschancen, der Steuerkraft und der Kaufkraft je Einwohner sind die regionalen Unterschiede in Bayern groß. Die Probleme sind mittlerweile nicht mehr nur auf die traditionell strukturschwachen Regionen Bayerns - Nordostoberfranken, nördliche Oberpfalz, westliches Mittelfranken und Bayerischer Wald - beschränkt, sondern treten auch an Standorten wie Schweinfurt, Ingolstadt oder im ehemaligen "Sonnengürtel" um München auf.

Angesichts dieser immer stärker werdenden regionalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktprobleme ist es nicht länger hinnehmbar, daß jeweils unterschiedliche Konzepte auf EG-, Bundes-, Landes- und Regionalebene erfunden und mit den unterschiedlichsten konkurrierenden Instrumenten und Fördertöpfen zum großen Teil aneinander vorbei und weitgehend ohne Mitsprache der unmittelbar Betroffenen umgesetzt werden.

Wir brauchen deshalb eine "Regionalpolitik von unten", die den betroffenen Regionen reale und unmittelbare Mitsprache und Gestaltungsmöglichkeiten über Ziele und Instrumente sowie Zugriff auf die finanziellen Mittel eröffnet. Die Regionen sollen Mittelzuweisungen erhalten, die sie im gesetzlichen bzw. mit der Europäischen Union abgestimmten Rahmen in eigener Verantwortung entsprechend einem regionalen Entwicklungs- und Innovationsplan einsetzen können. Über diesen Regionalplan sollen demokratisch legitimierte Regionalausschüsse entscheiden, die unter möglichst breiter Beteiligung von Vertretern aus Arbeit und Wirtschaft, Kommunen und Wissenschaft sowie öffentlicher Verbände tätig werden. Die Regionalausschüsse sollen das Recht haben, für ihre Mitgliedsgemeinden verbindliche Entscheidungen über regionsrelevante Maßnahmen zu treffen (z.B. Betriebsansiedlung). Dabei müssen die in den Regionen vorhandenen Potentiale besonders gefördert werden.

Im Rahmen der Regionalpolitik von unten müssen auch neue Instrumente eingeführt werden:

- Eine regionalisierte aktive Arbeitsmarktpolitik soll den Kommunen helfen, in Zusammenarbeit mit den Arbeitsverwaltungen sinnvolle Arbeitsplätze in der Region zu schaffen (u.a. durch regionale Zielsetzungen in Weiterbildung, Umschulungen, ABM)

- Regionale Wagniskapitalfonds, die von den öffentlich-rechtlichen Banken getragen werden, sollen die Sanierung von Unternehmen mit wirtschaftlichen Problemen finanziell absichern, aber auch innovative Neuansiedlungen unterstützen

- Neue Gemeinschaftinitiativen und die Kooperation von Kommunen und Unternehmen sollen gefördert werden. Kommunen könnten bspw.bei größeren Ansiedlungsprojekten Gewerbepools bilden. Der Aufbau von leistungsfähigen Beratungs- und Dienstleistungsangeboten ist in den Problemregionen dringend erforderlich.

- Das Prinzip der Stufenförderung soll künftig regionale Wirtschaftsförderung prägen. Dies ermöglicht eine sinnvolle Entwicklung der grenznahen Wirtschaftsräume und eine intelligente Nutzung der bereits bestehenden Infrastruktur im ehemaligen "Zonenrand".

## Bayerische Außenwirtschaftspolitik

Wir werden die geographische Lage Bayerns zu verstärkter Zusammenarbeit insbesondere mit unseren südlichen und östlichen Nachbarn nutzen. Über die EUREGIO-Aktivitäten hinaus kann der Staat eine Vielzahl vermittelnder und unterstützender Funktionen im Verkehr zwischen bayerischen Firmen und möglichen Geschäftspartnern in anderen Ländern ausüben, zum Beispiel um die Suche nach geeigneten Kontakten für den Austausch von Managern zu erleichtern oder mittelständische Unternehmen ohne ausgedehnte außenwirtschaftliche Erfahrungen in Fragen des Exports zu beraten.

Im Hinblick auf die neuen Strukturen Osteuropas treten wir für eine bayerische Außenwirtschaftspolitik ein, die im grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr auf Kooperation setzt, statt durch fehlende Koordination unsinnige Konkurrenzsituationen zu befördern. Die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg dient den Menschen auf beiden Seiten.

## 2.2. Ökologisches Bayern

### Nachhaltiges Wirtschaften

Jeder Betrieb, der hohe Einnahmen auf Kosten seines Vermögens erzielt, geht über kurz oder lang bankrott. Eine Gesellschaft, die auf Kosten ihrer natürlichen Lebensgrundlagen lebt, ist in ihrer Existenz bedroht.

In einer Zeit wirtschaftlicher Probleme wird der Umweltschutz immer wieder als Arbeitsplatzkiller und Investitionshemmnis gebrandmarkt. Tatsache jedoch ist, daß

- die Zahl der im Umweltsektor Tätigen in den letzten 10 Jahren auch in Bayern stark angestiegen ist und 1993 rund 200.000 Personen betrug und
- der Umwelttechnikmarkt Deutschlands mit etwa 40 Mrd. DM jährlichem Umsatzvolumen und einer jährlich Wachstumsrate von 6% bis 8% zu den dynamischsten Märkten zählt. Der Anteil Bayerns an diesem Markt beträgt mehrere Milliarden Mark. Dabei ist das vorhandene Potential noch längst nicht ausgeschöpft.

Dies macht deutlich, daß wir unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität schon heute hohen Umweltschutzstandards verdanken. Jede Investition von 1 Mrd. DM in den Umweltschutz bedeutet einen volkswirtschaftlichen Nutzen von fünf Milliarden Mark.

Andernfalls werden die Umweltschäden weiter zunehmen. Vorsichtige Schätzungen rechnen für Bayern bereits mit Schäden in Höhe von jährlich mehr als 50 Milliarden Mark - Schäden, die den Verursachern nicht in Rechnung gestellt werden, sondern die die Allgemeinheit trägt.

### Unsere Ziele

Bayern muß eine ökologische Modellregion in Deutschland und Europa werden. Nur dann wird Bayern auch als Wirtschaftsstandort in Zukunft konkurrenzfähig sein. Umweltstandards bedeuten für die Qualität unserer Lebenswelt nicht weniger als soziale Standards. Sie müssen wie diese stärker am Prinzip der Vorsorge orientiert werden.

Deswegen wollen wir den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft voranbringen. Unsere Ziele sind:

- Das Vermeiden von Umweltschäden hat Vorrang vor deren Reparatur.
- Der Verursacher haftet zuerst - erst dann die Gemeinschaft.
- Effizienzsteigerung statt steigendem Verbrauch von Ressourcen
- Organisationsform und Verhaltensweisen ändern, nicht nur Technologien

Unsere **Instrumente** sind:

- Die frühzeitige **Beteiligung** von Betroffenen sowie eine offene Informationspolitik
- **Ge- und Verbote,** wo eine Gefahr für die Gesundheit der Bürger und Bürgerinnen droht oder Schäden für Natur und Umwelt auf andere Weise nicht oder nicht wirkungsvoll und schnell genug vermieden werden können
- Ein schärferes **Umweltstrafrecht** und ein neues **Haftungsrecht,** das auch die Beweislast umkehrt

- **Eine ökologische Steuerreform.** Ökologische Steuerreform bedeutet für die BayernSPD **einerseits** positive Wirkungen auf die Umwelt durch steuerliche Belastung des umweltschädigenden Energie- und Materialverbrauchs und Anreize für die Entwicklung und Markteinführung energiesparender, umweltschonender Produkte und Produktionsverfahren und **andererseits** eine steuerliche Entlastung der Arbeitseinkommen.

Wer die Umwelt belastet, soll an den Kosten zur Beseitigung bzw. Reparatur dieser Schäden beteiligt werden - nicht um zu strafen, sondern um andere Verhaltensweisen anzuregen, insbesondere aber technische Alternativen schneller zum Einsatz zu bringen.

Die **Mittel der ökologischen Steuerreform werden eingesetzt für**

- eine Entlastung bei der Lohnsteuer niedriger und mittlerer Einkommen,
- ein längerfristig angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm in den Feldern Klima- und Umweltschutz, Energieeinsparung, Erhöhung der Material- und Energieeffizienz, erneuerbare Energien,
- Einführung einer Entfernungs- und Fernpendlerpauschale und Abschaffung der Kfz-Steuer (Umlegung auf die Mineralölsteuer),
- den Ausbau des ÖPNV.

Wir werden die durchgängige Anwendung des Verursacherprinzips und erweiterte Produkthaftung ordnungspolitisch verankern. Denn nur wenn die Preise die ökologische Wahrheit sagen und die Kosten den Verursachern angelastet werden, wird endlich in der Öffentlichkeit klar, wer letztlich die Rechnung für unsere Art des Umgangs mit der Natur bezahlt.

Wir wollen einen Umwelt-TÜV, der die Einhaltung umweltpolitischer Vorgaben überwacht.

## Energiepolitik

51 Prozent des bayerischen Primärenergieverbrauchs werden durch Mineralöl, 21% durch Kernenergie abgedeckt. Der Anteil regenerativer Energien beträgt lediglich 7%, wovon 6% aus der Wasserkraft stammen.

Die CSU-Regierung besteht nach wie vor beharrlich auf dem intensiven Ausbau der Kernenergie und fördert zentralistische Versorgungsstrukturen großer Monopolkonzerne. Für die Erhaltung veralteter Strukturen werden Milliarden bereitgestellt, für erneuerbare Energien nur minimale Beträge.

Auf Kosten unserer Kinder, zukünftiger Generationen, der Menschen in den Entwicklungsländern und der Umwelt werden niedrige Energiepreise beibehalten, die den untragbaren Raubbau an der Natur unterstützen.

Die CSU befürwortet den Einsatz von plutoniumhaltigen Mischoxid-(MOX-)-Brennelementen im Reaktor Gundremmingen.

## Unsere Ziele

Die Säulen unserer Energiepolitik sind:

- **Energiesparmaßnahmen** müssen Priorität haben. Enorme Potentiale liegen hier im Bereich der Wärmedämmung und im Verkehrssektor. Insbesondere in der Wärmedämmung liegen auch ökonomische Chancen für den Mittelstand.

- **Effizienzsteigerung** sowohl bei der Energieumwandlung als auch bei der Energienutzung. Hierzu bedarf es dezentraler Versorgungsstrukturen, des Einsatzes von Blockheizkraftwerken ebenso wie der Aufhebung der Einspeisemonopole, um vernünftige Preise zu gewährleisten.

- Die Förderung **regenerativer Energien**
  Da die Vorräte an fossilen Energieträgern begrenzt und angesichts der Klimagefährdung nur noch mittelfristig in Übergangstechnologien mit optimierter Effizienz verantwortbar sind, müssen regenerative Energieformen zum Hauptenergieträger entwickelt werden.

- Einen besonderen Stellenwert messen wir daher in der künftigen Energiepolitik der **Solarenergie** zu. Ziel ist es, den Anteil der Solarenergie in all ihren Formen innerhalb der nächsten Jahre deutlich zu steigern. Die Solartechnoglogie ist weiter zu einem wettbewerbsfähigen Exportsegment zu entwickeln.

  Solartechnologie ist Zukunftstechnologie. Wir haben damit die Chance, schon in absehbarer Zeit hunderttausende von Arbeitsplätzen zu schaffen - und das für die Herstellung von Produkten ,die gleichzeitig umweltverträglich eingesetzt werden: Solarzellen, Solarkollektoren, Windkraftanlagen, Techniken zur energetischen Biomasseverwertung, solare Kühlanlagen, Speichertechniken und anderes mehr. Gerade für Handwerk und Mittelstand tun sich durch solares Bauen große Möglichkeiten auf.

- Die Subventionierung der Kohle ist aus regional-wirtschaftlichen und ökologischen Gründen zu überprüfen.

- Wir halten an unserem Beschluß fest, aus der Atomenergienutzung auszusteigen, da die Sicherheitsrisiken und die ungelöste Entsorgungsfrage keine verantwortbare Zukunftsoption darstellen, neue Lösungen behindern und die von der Gesellschaft getragenen Risiken unvertretbar sind.

**Unsere Maßnahmen**

Wir brauchen daher

- ein auf 10 Jahre angelegtes Markteinführungsprogramm für regenerative Energien und vor allem die Erstattung der tatsächlichen Kosten der ins Netz eingespeisten Energie aus erneuerbaren Quellen sowie faire Netzanschlußgebühren. In diesem Zusammenhang begrüßen wir kommunale Initiativen, die den Anbietern von Solarstrom die Einspeisung ins Netz finanziell erleichtern (Freisinger Modell),

- ein Energiewirtschaftsgesetz, das die Wärmenutzung vorschreibt und Energiesparinitiativen und der Nutzung regenerativer Energien den Vorzug gibt,

- planerischen Freiraum durch die Beseitigung von Genehmigungsbestimmungen, die den ökologischen Umbau verhindern,

- Baugesetze, die Energieeinsparung und Nutzung solarer Energie für alle Neubauten verbindlich vorschreiben,

- Sonderkreditprogramme und steuerliche Absetzmöglichkeiten für Investitionen im Bereich erneuerbarer Energien und des Energiesparens, um privaten Investoren Anreize zu bieten,

- Priorität für erneuerbare Energien bei der Vergabe öffentlicher Forschungsmittel und in der Entwicklungspolitik,

- Beispielhafte Umrüstung öffentlicher Gebäude auf Sonnenenergienutzung,

- die Einrichtung einer internationalen Solarenergieagentur für den Technologietransfer in Entwicklungsländer,

- den Abbau von Subventionen und von Wettbewerbsvorteilen für fossile Energieträger und die Kernkraft,

- die stufenweise und kalkulierbare Erhöhung der Energiepreise, die heute noch den Preis vor der Ölkrise widerspieglen,
- eine Dezentralisierung der Energieversorgung,
- eine Stärkung der Eigenverantwortung und Flexibilität,
- die Einführung des Nega-statt-Megawatt Prinzips, das heißt: Vor jedem Kraftwerksneubau ist zu prüfen, ob der Bau sich erübrigt, wenn die Baukosten in Energiesparmaßnahmen investiert werden.
- verstärkte Öffentlichkeitsarbeit sowie verbesserte Aus- und Weiterbildung,
- Wir werden eine landesweite **Energieagentur** errichten, die in der Anfangsphase als Koordinator zwischen Energieanbietern und -nutzern fungiert. Diese Einrichtung hat sich in vielen Bundesländern bewährt.

Gesetzliche Bestimmungen und Verwaltungsvorschriften, die Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und den Einsatz regenerativer Energien be- oder verhindern und Macht und Einfluß der Erzeuger- und Verteilermonopole begründen, werden wir ändern oder abschaffen [z.B. im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), Bundestarifordnungen, Kartellrecht, 300 MW-Erlaß, Konzessionsabgabenerlaß u.a.]

Den nicht benötigten Kraftwerksneubau "Franken II Block 3" lehnen wir ab.

## Flächendeckender Natur- und Landschaftsschutz statt Natur im Reservat

Vor 10 Jahren kam es auf Druck der SPD zur Änderung des Artikels 141 der Bayerischen Verfassung, wonach es seither zu den "vorrangigen Aufgaben" des Staates gehört, Boden, Wasser und Luft als natürliche Lebensgrundlagen zu schützen sowie die heimische Tier- und Pflanzenarten zu schonen und zu erhalten.

In diesen letzten 10 Jahren sind in Bayern jährlich 52 Tierarten ausgestorben. 40 Prozent der heimischen Farn- und Blütenpflanzen sowie 50 Prozent der heimischen Wirbeltiere sind in ihrem Bestand laut roter Liste bedroht.

Umwelt- und Landesentwicklungspolitik der CSU-Regierung umfassen umfangreiche Absichtsprogramme, die in ihrer politischen Unverbindlichkeit den Diskussionsstand der 80er Jahre widerspiegeln. Mit dem Arten- und Biotopschutzprogramm und der Flächenbiotopkartierung wurde zwar ein Anfang gemacht, die Umsetzung aber auf Eis gelegt.

Mit der Ausweisung von Naturschutzgebieten - in Bayern gab es 1993 bayernweit 466, die etwa 2,5% der Fläche ausmachen - allein ist es nicht getan. Natur- und Artenschutz sind eben nicht nur Selbstzweck, sondern zur Sicherung unserer natürlichen Ressourcen und der Lebensgrundlagen auch künftiger Generationen unerläßlich.

## Unsere Ziele

Naturnützer müssen zu Naturschützern werden. Landwirtschaftliche Nutzung und Naturschutz dürfen keine Gegensätze sein, sondern müssen sich sinnvoll ergänzen. Nur ein flächendeckender schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen unter Beachtung der Gesetzmäßigkeiten des Naturhaushaltes sichert langfristig unsere Lebensgrundlagen.

**Was zu tun ist**

Wir werden ein übergreifendes, schlüssiges Natur- und Artenschutzkonzept vorlegen und auf eine konsequente Umsetzung von erarbeiteten Pflegekonzepten achten. Es gilt, durch Personalpolitik und Mittelumschichtungen deutliche Zeichen zu setzen. Größere Entscheidungen werden wir stets auf der Grundlage von Umweltverträglichkeitsprüfungen treffen.

**Bayerische Landwirtschaft - gesunde Lebensmittel von gesunden Höfen einer bäuerlichen Landwirtschaft**

Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern sank von 1981 auf 1991 um 20,4 % von über 263.000 auf knapp 210.000. Die Anzahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft ging ebenfalls kontinuierlich zurück. Waren 1970 noch fast 815.000 Personen in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt, so waren es 1991 nur mehr knapp 485.000, das ist ein Rückgang um über 40 %.

Die bayerische Landwirtschaft ist bis heute darauf angelegt, Hektar- und Zuchterträge unter größtem Technik- und Chemikalieneinsatz ständig zu steigern. Die CSU-Regierung hat daran wenig geändert, im Gegenteil, den Trend sogar noch verstärkt. So hat der ehemalige Landwirtschaftsminister Kiechle die Flächenstillegung auf EG-Ebene politisch durchgesetzt.

Die CSU hat dem Öko-Landbau und seiner Bedeutung für Umwelt, Erhalt der Kulturlandschaft und Erzeugung naturbelassener Lebensmittel lange Zeit ablehnend bzw. kritisch gegenübergestanden. Die Biobauern wurden als Spinner und kleine Fische innerhalb der Landwirtschaft bezeichnet.

Ziel der Landwirtschaftspolitik der BayernSPD ist eine naturnahe, ökologisch verträgliche Landwirtschaft, die gesunde und qualitativ hochwertige Produkte herstellt. Nur eine höhere Qualität unserer Produkte eröffnet auch die Chance zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und der hohen Marktanteile insbesondere der bayerischen Agrarwirtschaft.

Wir treten für die Konzentration der Förderung auf flächendeckende naturnahe Bewirtschaftungsweisen, artgerechte Produktion und die Erzeugung marktfähiger, umweltverträglicher und hochwertiger Produkte ein.

**Unsere Maßnahmen**

- Direkte Einkommensbeihilfen zur Einkommenssicherung müssen das System der Preisstützung ablösen, gesetzlich festgeschrieben werden, die Existenz der Betriebe garantieren, produktionsunabhängig gewährt und an ökologische Wirtschaftsweisen gebunden werden.

- Wir werden auf europäischer Ebene dafür eintreten, daß alle Lebensmittel eine informative und kontrollierbare Kennzeichnung erhalten, die auch zur Kenntnis der Endverbraucher gelangt. Ökolebensmittel aus der tierischen Produktion müssen ebenso wie pflanzliche Produkte eine geschützte Kennzeichnung erhalten.

- Zum Schutz des Lebensmittels Nummer Eins "Wasser" werden wir uns in der Europäischen Union nachdrücklich für die Beibehaltung der EU-Trinkwasserrichtlinie und der Pestizidgrenzwerte einsetzen.

- Flächenbindung und Bestandsobergrenzen
  Wir treten für die Bindung der tierischen Veredelung an die Fläche in der Größenordnung von 1,5 - 2 Großvieheinheiten pro Hektar ein. Gleichzeitig wollen wir die Festlegung von absoluten Bestandsobergrenzen in der Förderung und zur Abgrenzung der gewerblichen Tierproduktion.

- Flächenstillegung
  Unsere Position ist, die Flächenstillegung aufzugeben und stattdessen landesweit auf den landwirtschaftlichen Flächen extensiv, d.h. unter Zurücknahme von Mineraldünger- und Pestizideinsatz, zu arbeiten.

- Ökologische Ausrichtung der Landwirtschaft
  Wir unterstützen seit langem die Entwicklung der ökologischen Landwirtschaft, da diese Form der Landbewirtschaftung Umweltschutz und gesunde, rückstandsfreie Lebensmittel garantiert. Um die ökologische Landwirtschaft zu fördern, werden wir die Direktvermarktung erleichtern, einen Lehrstuhl für ökologischen Landbau einrichten und die artgerechte Tierhaltung durch staatlich geschützte Kennzeichnung unterstützen.

- Nachwachsende Rohstoffe
  Wir wollen die Herstellung nachwachsender Rohstoffe vorantreiben, indem wir prüfen, welche Produkte ökonomisch und ökologisch sinnvoll sind. Das ist vor allem bei der Herstellung von umweltfreundlichen Chemiegrundstoffen wie Stärke oder bei Verpackungsstoffen der Fall.

- Die Flurbereinigung darf künftig nur noch nach demokratischer Abstimmung der Bevölkerung und der praktizierenden Landwirte durchgeführt werden. Wir wollen die Finanzaufwendungen zugunsten der Dorferneuerung und Regionalentwicklung umschichten.

## Von der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft

Obwohl in Bayern das Restmüllaufkommen von 400,5 kg pro Einwohner im Jahr 1986 auf 359,4 kg pro Einwohner 1991, das heißt um 10% zurückgegangen ist, steigen die Müllgebühren ständig. Ein Teil geht des Geldes geht an das Duale System Deutschland (DSD), das über den sogenannten "Grünen Punkt" vom Verbraucher abkassiert, ohne zufriedenstellende Gegenleistungen zu erbringen.

Enstanden aus einer falsch konzipierten Verpackungsverordnung, ist das DSD in der jetzigen Form völlig ungeeignet, die Verpackungsmengen zu reduzieren.

Gerade im Abfallbereich wurden die entsorgungspflichtigen Körperschaften von der derzeitigen Regierung völlig alleingelassen. Das gilt für

- den nach dem Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetz vorgelegten Abfallentsorgungsplan ebenso wie

- für bereits zugesagte Finanzmittel für Pilotanlagen zur biologisch-mechanischen Abfallbehandlung. Alternative Abfallbehandlungsverfahren zur Müllverbrennung wurden somit von der CSU verhindert.

## Unsere Ziele

Unser Ziel ist es, in der Abfallwirtschaft den Grundsatz "Vermeidung vor Verwertung vor ökologisch sicherer Ablagerung" konsequent umzusetzen.

Wir treten für eine ökologische Stoffwirtschaft ein, die darauf angelegt ist, daß

- bereits bei Produktion und im Gebrauch Abfälle und Schadstoffe möglichst vermieden werden,

- langlebige und reparaturfreundliche Produkte hergestellt werden,

- rohstoffsparende und umweltschonende Verfahren angewendet werden,

- die Rückführung von Wertstoffen in den Produktionskreislauf erfolgt (Kreislaufwirtschaft) und

- die gesamte Industrie durch eine Produkthaftung für die Entwicklung eines Produktes bis zur Entsorgung die Verantwortung übernimmt.

Wir fordern die Änderung der Verpackungsverordnung nach dem Prinzip der Vermeidung. Das heißt:

- Förderung von Mehrwegverpackungen und Verbot von Einweg-Verpackungen, wo Mehrwegprodukte möglich und sinnvoll sind,

- Verbot ökologisch bedenklicher Verpackungen und

- Ausdehnung des Rücknahme- und Pfandsystems

Wir werden dafür eintreten, daß die Möglichkeit biologisch-mechanischer Behandlung des Restmülls in die TA Siedlungsabfall aufgenommen wird.

Wir lehnen den insbesondere von der Kunststoffindustrie unter dem Etikettenschwindel "Energetische Verwertung" betriebenen Ausbau der Verbrennung von Abfällen entschieden ab.

**Verkehrspolitik für Mensch und Umwelt - Verkehr vermeiden und verlagern**

Das Verkehrsland Bayern ist nicht erst seit den politischen Veränderungen des Jahres 1989 zu einer Drehscheibe von Personen- und Güterströmen Mitteleuropas geworden. Die Verkehrsmobilität ist geprägt von steigenden lokalen, regionalen, überregionalen und besonders auch transnationalen Verkehrsleistungen aller Verkehrsträger.

Die Verkehrspolitik der CSU bevorzugt einseitig den Straßenverkehr und huldigt - nach dem dummen Motto "Freie Fahrt für freie Bürger" - auch weiterhin verkehrsräumlichen Großvorhaben. Dies widerspricht rationalen, ökologischen und wirtschaftlichen Geboten des Verkehrs der Zukunft - von der Zahl der Unfälle ganz zu schweigen.

Zur Verbesserung der Standortbedingungen Bayerns benötigen wir eine zeitgemäße Infrastruktur- und Verkehrspolitik. Die zur Sicherung der Wirtschaft und der Versorgung und für die Freizeit nötige Beweglichkeit ist auf die ökonomisch und ökologisch verträglichste Art zu ermöglichen.

Wir fordern die Umorientierung auf leistungsfähige Massentransportsysteme, die gleichzeitig umweltentlastend wirken, volkswirtschaftliche Kosten reduzieren und bei ihrem notwendigen Ausbau zusätzliche Beschäftigung schaffen.
Die private Finanzierung von Verkehrswegen bildet für uns nicht den geeigneten Weg zur Schaffung umweltschonender Verkehrssysteme.

Wir plädieren für die Einführung folgender Tempolimits und werden uns hierfür im Bundesrat starkmachen:

- PKW: 120 km/h auf Autobahnen, 90 km/h auf Bundes- und Landstraßen, 30 km/h in Wohngebieten

- LKW: 80 km/h auf Autobahnen und außerörtlichen Straßen, 30 km/h in Wohngebieten

## Vorrang des öffentlichen Verkehrs

Wir werden in Bayern die längst fällige Wende in der Verkehrspolitik vollziehen. Wir wollen den Vorrang des öffentlichen und des nichtmotorisierten, umweltfreundlichen Verkehrs in Planungen und Investitionen einführen.

## Ausbau des Schienenverkehrs - ÖPNV

Wir werden die Verlagerung von der Straße auf die Schiene sowie den Ausbau des ÖPNV forcieren. Das neue ÖPNV-Gesetz muß eine wesentlich solidere und bessere Finanzausstattung erhalten. ÖPNV muß Pflichtaufgabe werden. Die ab 1996 in Kraft tretende Regionalisierung des Schienennahverkehrs ist konzeptionell umzusetzen.

Wir wollen einen leistungsfähigen Nahverkehr, der kleinräumige, flächendeckende Strukturen als Grundlage und benutzerfreundliche Taktzeiten besitzt. Eine Reaktivierung alter Strecken ist zu überprüfen. Ferner muß der Umstieg vom Auto in die Bahn durch verbesserte Serviceleistungen attraktiv gemacht werden.

## Bewertung verkehrspolitischer Einzelvorhaben

### Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen

Wir wollen einen ökologisch verträglichen Donauausbau. Der von der RMD vorgesehene Ausbau ist mit anderen vorgeschlagenen flußbaulichen Varianten vergleichend zu bewerten. Diese sind in das Raumordnungsverfahren miteinzubeziehen und seriös zu prüfen.

### Alpenquerender Verkehr

Die Alpen sind - nicht nur in Bayern, sondern auch in Österreich, der Schweiz und Italien - durch Transitverkehr und zum Teil extreme touristische Nutzung in ihrem Bestand als Ökosystem stark gefährdet. Durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und das Ergebnis der Volksbefragung in der Schweiz ist eine neue Situation entstanden. Wir werden in Zusammenarbeit mit den Nachbarn integrierte Verbundlösungen anstreben. Solche Verbundlösungen müssen Verkehrsvermeidung, Verbesserung der Logistik und neue Technologien mit berücksichtigen.

### Flughafen München

Das Passagieraufkommen, vor allem aber die Wachstumsrate der Luftfracht blieb weit hinter den Prognosen zurück. Diese Entwicklung ist verbunden mit etwa 1 Mio qm leerstehender Büroflächen im Einzugsbereich des Flughafens.

Wir lehnen einen weiteren Ausbau des Großflughafens MUC aus ökologischen und ökonomischen Gründen ab. Der weitere Ausbau würde die Bemühungen um die Verbesserungen der Wettbewerbsfähigkeit der Bahn AG (ehem. Bundesbahn) zunichte machen.

Aus ökologischen Gründen sind wir für eine weitgehende Verlagerung des innerdeutschen und innereuropäischen Flugverkehrs auf die Schiene. In diesem Sinne werden wir uns im Bundestag und Bundesrat für die Besteuerung des Flugbenzins einsetzen.

ICE-Technologie

Wir befürworten die ICE-Technologie im Rahmen wirtschaftlicher und ökologischer Vernunft. Moderne Zugtechnologien und Taktsysteme könnten jedoch in vielen Fällen bereits bestehende Strecken leistungsfähiger machen.

Vor dem Aus- oder Neubau von Hochgeschwindigkeitsstrecken müssen sowohl ihre Funktionen als auch ihre Trassenvarianten in Raumordnungsverfahren geprüft und auf ihre Umweltverträglichkeit und einzuleitende Schutzmaßnahmen hin festgelegt werden.

Straßenbaumaßnahmen

Die Schließung regionaler und überregionaler Straßenbaulücken und vor allem Ortsumgehungen hat Vorrang vor Neu- und Ausbauvorhaben.
Unter diesem Gesichtspunkt sind die im Bundesverkehrswegeplan 92 enthaltenen Projekte des "vordringlichen Bedarfs" ebenso wie die im Maßnahmenplan Deutsche Einheit aufgeführten in ihrer Priorität zu überprüfen. Insbesondere werden wir diejenigen Projekte unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten neu bewerten, die in hohem Maße strittig sind.

Fahrradfahren

Wir werden das Fahrradfahren fördern. Positive Beispiele auch in Bayern - etwa Erlangen oder Ingolstadt - beweisen, daß das Fahrradfahren bei entsprechender Infrastruktur und weiteren begleitenden Maßnahmen die Innenstädte vom umweltschädlichen motorisierten Individualverkehr wesentlich entlasten kann.
Für die Urlaubsregionen Bayerns muß das Fahrradfahren eine noch wesentlich stärkere Bedeutung bekommen. Wir werden das nachhaltig unterstützen und fördern.

Die hemmende, zersplitternde Ressortzuständigkeit in verschiedenen Staatsministerien muß koordiniert werden. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer werden wir zur Optimierung der vorhandenen Förderungsmöglichkeiten ein Programm "Fahrradfreundliche Städte" schaffen. Den in Bayern besonders fahrradfeindlichen Vollzug verkehrsrechtlicher Vorschriften werden wir ändern.

## 2.3. Soziale Gerechtigkeit - Familie fördern - Gesundheit - Recht auf Wohnen - Aktives Alter, Sicheres Alter

### Sozial- und Familienpolitik

Soziale Gerechtigkeit fängt mit der Verteilung der Lasten zur Finanzierung der Staatsaufgaben an. Wenige Zahlen genügen, um deutlich zu machen, wem konservative Finanzpolitik diese Lasten vor allem auflädt: Von 1990 bis 1993 wuchs das Lohnsteueraufkommen in Bayern von 31 Milliarden auf 41 Milliarden DM; die staatlichen Einnahmen aus der Einkommenssteuer nahmen aber nur von 6,7 Milliarden auf 7,3 Milliarden DM zu. Das Aufkommen an Körperschaftssteuer sank von 4,3 auf 4,2 Milliarden DM. Es sind also die Lohnsteuerpflichtigen, die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, die von den Konservativen überproportional ausgenommen werden. Im Zeichen sozialer Gerechtigkeit geht es in diesem Zusammenhang weniger darum, den belasteten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen kurzfristig Steuersenkungen zu versprechen als vielmehr darum, alle Einkommens- und Statusgruppen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend heranzuziehen.

Sozialpolitik ist nicht der Reparaturbetrieb mißratener staatlicher Steuer- und Finanzpolitik. Ebensowenig sind staatliche Sozialleistungen beliebig manipulierbar, wenn die Regierung Geld

braucht. Sozialdemokratische Sozialpolitik ist in erster Linie präventiv, sie versucht, bestimmte Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen. Wirksame Industrie- und Arbeitsmarktpolitik ist Sozialpolitik, wenn sie drohender Arbeitslosigkeit vorbeugt oder bestehende bekämpft; Wohnungsbaupolitik ist Sozialpolitik, wenn sie soziale Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen dadurch vermeidet oder reduziert, daß sie für ausreichenden Wohnraum zu bezahlbaren Preisen sorgt.

Wir sehen mit Sorge, daß die Armut in Bayern zunimmt. Sie hat u.a. folgende Ursachen: Arbeitslosigkeit, Überschuldung, zu hohe Wohnungsmieten und Arbeitsverhältnisse als geringfügig Beschäftigte. Nicht alle Ursachen lassen sich von der Sozialpolitik beseitigen. Aber tarifvertraglich abgesicherte und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse vermeiden Armut in der Gegenwart und Zukunft.

In der Verantwortung der CSU wurde der Sozialabbau in Bayern und Deutschland zum politischen Unwort des Jahres. Die staatlichen Sparprogramme, die der CSU-Finanzminister in Bonn - mit Auswirkungen auf die Länder und Kommunen - und die CSU in Bayern verfolgen, haben mit dem nötigen Umbau unseres Sozialsystems nichts zu tun, sondern sind Raub an den wehrlosesten Mitgliedern unserer Gesellschaft, an Kindern und Frauen, einkommensschwachen Familien, Alten, Arbeitslosen und Hilfebedürftigen.

Diese Politik, die die Gesellschaft spaltet und das Konkurrenzdenken fördert, ist der Nährboden für den Rechtsextremismus.

## Unsere Ziele

Wir wollen stark sein für die weniger Starken. Für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, für Arbeitslose, für Alte und Pflegebedürftige, für Behinderte, für Familien und für Kinder, von denen heute Hunderttausende auch in Bayern von Sozialhilfe leben müssen. Wir werden im Bundesrat aktiv werden, um die Lastenverteilung zugunsten der weniger Verdienenden zu ändern.

Soziale Gerechtigkeit ist für uns entscheidender Maßstab allen politischen Handelns.

## Unsere Maßnahmen

Wir werden im Bundesrat einen Gesetzentwurf einbringen, der der Forderung des Bundesverfassungsgerichtes gerecht wird und eine Änderung des **Familienleistungsausgleichs** herbeiführt. Wir werden ein einheitliches **Kindergeld** für jedes Kind einführen. Die bestehende Regelung des Ehegatten-Splittings und andere steuerliche Begünstigungen für Großverdiener sollen abgeschafft werden. Langfristig streben wir ein dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes entsprechendes Kindergeld für die Erziehung von Kindern an.

Wir werden für **Behinderte** Arbeitsplätze dadurch schaffen, daß der Freistaat Bayern seiner Beschäftigungspflicht nachkommt und die Quote von 6% erfüllt anstatt nur 3,13 % Schwerbehinderte zu beschäftigen. Allein mit dieser Maßnahme können über 8000 Schwerbehinderte Arbeit finden. Nur wer seine eigenen gesetzlichen Beschäftigungspflichten erfüllt, kann auch private Arbeitgeber in die Pflicht nehmen. Um die Benachteiligung Behinderter abzubauen, werden wir uns für ihre tarifliche Entlohnung in Behindertenwerkstätten einsetzen.

Wir treten für den **Ausbau der mobilen ambulanten Dienste** ein, um den hilfebedürftigen Menschen zu ermöglichen, in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben.

Die **Armut** in unserer Gesellschaft wird von uns mit Entschiedenheit bekämpft werden. Für Menschen in finanzieller Not müssen die Beratungsangebote ausgebaut werden, dazu gehören zentral erreichbare Schuldnerberatungsstellen und geschulte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sozialämtern. Mit der richtigen Beratung Hilfebedürftiger lassen sich die Weichen gegen eine Verarmung stellen. Verarmung und Obdachlosigkeit sind Geschwister.

Wir werden alles tun, damit Obdachlosigkeit vermieden wird und deshalb den Bau preisgünstiger Wohnungen fördern.

**Aktives Alter - Sicheres Alter**

Die Menschen werden heute älter, und sie wollen länger aktiv bleiben und am Wirtschaftsleben wie auch am öffentlichen Leben der Gemeinschaft gestaltend teilnehmen. Jeder sechste Mitbürger in Bayern ist heute schon über 65 Jahre alt. Die Möglichkeiten der älteren Generation, an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen mitzuwirken, sind jedoch noch immer zu gering. Das Mitspracherecht muß erweitert werden, sowohl in den Kommunen und im Land als auch in den gesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien.

Auf Initiative der SPD ist es nach langen, schwierigen Verhandlungen in Bonn gelungen, einen Kompromiß bei der Pflegeversicherung zu erreichen.

Bezeichnend für das Verhältnis der CSU zur Altenpolitik ist, daß der Bayerische Ministerpräsident bei seiner ersten Regierungserklärung kein einziges Wort zu diesem Thema verlor.

Der vierte Landesplan für Altenhilfe wurde von der Staatsregierung einseitig verkündet und nicht dem Parlament zur Beschlußfassung vorgelegt. Auch das zeigt den Stellenwert, den die CSU der Altenhilfe gibt. Sie vernachlässig darüber hinaus die Felder der Mitwirkung und Mitbestimmung der älteren Generation in Gesellschaft, Politik und Organisationen.

Bei der Finanzierung von Altenheim- und Altenpflegeplätzen besteht ein großer Antragsstau.

**Unsere Ziele**

Leitziel sozialdemokratischer Altenpolitik ist die Erhaltung der Eigenständigkeit im Alter - auch der finanziellen. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, daß alte Menschen nicht ausgegrenzt werden, sondern mit ihren reichhaltigen Erfahrungen und ihrer Leistungskraft Betätigungsfelder finden. Wir fassen die Entwicklung zum aktiven Alter als Chance für unsere Gesellschaft auf und unterstützen sie durch eine lebensbejahende, fördernde Politik für alte und ältere Menschen.

Gesellschaft und Staat können es sich immer weniger leisten, Wissen, Erfahrung und Kompetenz älterer Menschen ungenutzt zu lassen. Wir brauchen deshalb überall - in der privaten Wirtschaft wie im staatlichen und halbstaatlichen Bereich - Organisationsformen und Arbeitsmöglichkeiten, die auf die spezifischen Voraussetzungen älterer Menschen ausgerichtet sind.

**Was wir tun werden**

Bei der Pflegeversicherung darf es keine einseitige Belastung bayerischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben. Mit uns wird es kein Sonderopfer und keine Diskriminierung für bayerische Beschäftigte geben.

Durch Hilfen zum Bau und Umbau altengerechter Wohnungen und durch die Unterstützung neuer Formen von generationsübergreifenden Wohngemeinschaften werden wir nicht nur der Isolation älterer Menschen vorbeugen, sondern auch die gegenseitige Hilfe stärken.

Wir wollen keine isolierte und isolierende "Seniorenpolitik", sondern eine Politik, die dazu beiträgt, daß die Menschen der Generation unserer Eltern und Großeltern gleichberechtigt mit uns und unter uns leben und - soweit sie selbst möchten - arbeiten. In den Kommunen sollen Seniorenbeiräte gegründet werden, deren Beschlüsse von den Gemeinderäten zu behandeln sind.

Mobilität darf kein Privileg der Jugend sein. Wir werden daher jede verkehrspolitische Entscheidung daraufhin untersuchen, ob sie den Bedürfnissen und Fähigkeiten älterer Menschen entgegenkommt.

Selbständigkeit im Alter bedeutet auch, daß im Krankheits- und Pflegefall das Ziel nicht in erster Linie Betreuung und Verwahrung heißen darf, sondern Wiederherstellung der Unabhängigkeit von fremder Hilfe. Gerade dafür ist eine leistungsfähige Pflegeversicherung notwendig. Wir werden geeignete Organisationsformen entwickeln, um Qualitätssicherung in der Pflege zu gewährleisten. Wir lehnen das Modell "Endstation Pflegefall" ab.

Das Angebot ambulanter sozialer Hilfsdienste werden wir ausbauen.

Wir werden Landesmittel für die Schaffung von Kurzzeit- und Tagespflegeeinrichtungen einsetzen, auf Kostendeckung hinwirken und die Fördersätze für die Errichtung von Altenpflegeplätzen anheben.

Wir werden ein Gesetz zur finanziellen Sicherstellung der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller in der Altenpflege Beschäftigten erlassen und umsetzen.

Sterben in Würde und mit liebevoller menschlicher Zuwendung muß auch außerhalb der Familie möglich sein. Deshalb werden wir die Einrichtung von Hospizen fördern.

**Gesundheit**

Das Gesundheitswesen bedarf ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Gesundheitsstrukturgesetzes weiterer Reformen. Die von den konservativen Regierungen im Bund und in Bayern erhobenen Forderungen nach mehr Markt und Privatisierung auf dem Gesundheitssektor, die gleichzeitig die Grundlagen des Solidaritätssystems aufheben wollen, führen in die Irre. Kern dieser Ansätze ist, neben einer reduzierten Grundversorgung durch die gesetzlichen Krankenkassen die Bürger für weitergehende Leistungen auf teure und nicht von allen bezahlbare Privatversicherungen zu verweisen.

Patienten sind für uns keine "Leistungsnachfrager", sondern Menschen, die ihre Gesundheit erhalten bzw. wieder erlangen wollen. Deshalb suchen sie auch keine "Leistungsanbieter" auf, sondern suchen Beratung oder Behandlung bei ihrer Ärztin, beim Krankenpfleger, der Heilgymnastin oder den Psychotherapeuten bzw. all den anderen Menschen, die für Ihre Gesundheit tätig sind.

Wir haben eine praktikable und sozial orientierte Alternative. Wir wollen eine Leistungsverbesserung durch stärkere Verzahnung und Vernetzung der ambulanten, der stationären, nachstationären, sozialen und sozialpsychologischen Einrichtungen des Gesundheitswesens. Dabei wollen wir die Effizienz und Effektivität von Beratung, Betreuung und Versorgung steigern, indem wir zum Beispiel unnötige Belastungen der Patientinnen und Patienten und der Solidargemeinschaft durch vermeidbare Mehrfachdiagnostik abbauen.

Verstärkte Bürgernähe und Vernetzung müssen vor Ort ansetzen. Regionale Besonderheiten können nur so angemessen berücksichtigt werden. Jede bayerische Region hat ihr eigenes Gesundheitsprofil. Wir werden daher eine verpflichtende jährliche Gesundheitsberichterstattung in Bayern einführen, damit die mit Gesundheit und Krankheit Befaßten die geeigneten Vorbeugestrategien ergreifen können. Damit wird es auch möglich, das Gesamtgesundheitskonzept gezielt den regionalen und örtlichen Gegebenheiten anzupassen.

Dazu werden wir regionale Gesundheitskonferenzen einrichten. Dort werden mit der Hilfe der örtlichen Krankenhäuser, der Ärzte und Ärztinnen, der Pflegenden, der weiteren Gesundheitsberufe, der Wohlfahrtsverbände, der Kommunalpolitik, der Gesundheitsämter, der Selbsthilfegruppen und der Krankenversicherer das lokale und regionale Gesundheitsprofil festgestellt und die adäquaten Konsequenzen für die Strategien der Krankheitsbekämpfung festgelegt.

Lokale Gesundheitszentren oder entsprechend umgestaltete Sozialstationen und Selbsthilfe-Informations- und Kontaktstellen schaffen Bürgernähe. Ihre Leistungen sollen sich von Aufklärung und Gesundheitserziehung bis zu ambulanten Operationen und ambulanter Rehabilitation erstrecken. Sie sind darüber hinaus hervorragend geeignet, um das Programm der Weltgesundheitsorganisation WHO für "gesunde Städte" in Bayern zu forcieren. Die zur Realisierung dieses Programms benötigten Mittel steigern mittel- und langfristig die Gesundheit in den Regionen und werden somit zur Senkung der durch Krankheiten verursachten Kosten beitragen.

Unsere Sorge gilt jedoch nicht nur den Patienten, die der medizinischen Betreuung, Versorgung und Pflege bedürfen, sondern ebenso denen, die sie ehrenamtlich oder professionell leisten. Wir wollen daher, daß endlich auch in Bayern die Studiengänge **Pflegewissenschaft** und **Pflegemanagement** eingerichtet werden. Für die Angehörigen der Pflegeberufe werden wir die gesetzliche Möglichkeit eröffnen, daß sie sich in einer **Pflegekammer** zusammenschließen können.

Das große Feld der **Präventivmedizin** ist in die Aus-, Weiter- und Fortbildung der Ärztinnen und Ärzte aufzunehmen.

Wir werden auch dafür sorgen, daß Bayern vom Schlußlicht der **geriatrischen Forschung** mindestens auf einen guten Mittelplatz kommt.

Weiter werden wir uns dafür einsetzen, daß die medizinischen Möglichkeiten der rechtzeitigen Erkennung chronischer Erkrankungen ausgenutzt und Behandlungen frühzeitig eingeleitet werden. Wir werden Umweltgifte in Wasser, Luft und Boden ächten und uns nicht scheuen, Nikotin und Alkohol als das zu bezeichnen, was sie sind: Krankmacher.

In **Sucht** und **Drogenabhängigkeit** sehen wir zunächst ein soziales und medizinisches Problem, nicht eine Polizeiaufgabe. Wir werden daher den Grundsatz "Helfen statt Strafen" befolgen und dafür sorgen, daß Abhängige in eine geeignete Therapie kommen. Zur Mängelbeseitigung auf diesem Gebiet gehört auch die quantitativ und qualitativ ausreichende Ausbildung von Drogenärzten.

Wir werden sicherstellen, daß psychisch Kranke den körperlich Kranken gleichgestelt werden und nicht durch unsoziale Maßnahmen wie der Selbstbeteiligung an Behandlungskosten diskriminiert werden.

Der **AIDS-Maßnahmenkatalog** der bayerischen Staatsregierung, der Zwangsmaßnahmen vorsieht, hat sich als gänzlich unbrauchbar erwiesen, da er nur dazu führt, daß Betroffene ausgegrenzt und eingeschüchtert werden. Das damit angeblich angestrebte Ziel der Verhinderung von Neuinfektionen kann so nicht erreicht werden, sondern nur durch Prävention. Wir werden diesen Maßnahmenkatalog ersatzlos streichen.

Ein wirksames Mittel erfolgreicher Präventionsarbeit ist unter anderem die Einbringung des Themas AIDS in die bayerischen Lehrpläne.

Wir werden verhindern, daß AIDS-Kranke durch die in der Pflegeversicherung angelegte Leistungsbe- und -ausgrenzung von der ambulanten und häuslichen Pflege ausgeschlossen werden. Die AIDS-Hilfen werden in vollem Umfang weitergefördert werden.
Wir treten dafür ein, daß niemand wegen seines Einkommens, Geschlechts, Wohnortes oder Alters ausgegrenzt wird und alle die bestmögliche Behandlung und Betreuung finden.

Frauen tragen nicht nur die Hauptlast der Pflege (88 % aller Pflegebedürftigen werden von Frauen gepflegt); sie werden zudem bei der Erkennung und Behandlung ihrer eigenen Krankheiten gegenüber den Männern erheblich benachteiligt: Wir werden die **Frauengesundheitsforschung** in der Forschung voranbringen.

Einen ihrer Bedeutung entsprechenden Raum werden wir sowohl den ambulanten wie auch den vor- und nachstationären Hilfsangeboten einräumen, wobei der bisher vernachlässigten Prävention eine besondere Stellung zukommt.

**Arbeitsschutz** und **präventiver Gesundheitsschutz** am Arbeitsplatz müssen zu einer zentralen Aufgabe der Gesundheitspolitik werden. Wie in der Ökologie, so muß auch im Arbeitsleben das Verursacherprinzip stärker zum Tragen kommen. Wer gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen zu verantworten hat - von den Arbeitszeiten bis zu den Einflüssen am Arbeitsplatz - , kann nicht länger erwarten, daß die Solidargemeinschaft der Versicherten - Arbeitgeber und Arbeitnehmer - unfreiwillig die Kosten für die Wiederherstellung der Gesundheit und Pflege mitfinanziert.

## Sport

Die bayerische SPD bekennt sich sich zum sozialen, gesundheitlichen, gesellschaftspolitischen und kulturellen Auftrag des Sports. Im Mittelpunkt unserer Bemühungen steht der Breitensport.

Sport hat der Gesundheit zu dienen und nicht der Gesundheit zu schaden.

Die SPD erkennt die Bedeutung der Kontaktpflege der Sportvereine und Sportverbände auf nationaler und internationaler Ebene an. Damit wird ein unschätzbarer Beitrag zur Völkerverständigung und zum Kulturaustausch geleistet.

## Recht auf Wohnen

Bayern hat einen Wohnungsfehlbestand von annähernd 300.000 Wohnungen, aber ein aktuelles Baurecht für 930.000 Wohnungen. Der allgemeine Lebenhaltungskostenindex stieg seit 1985 um 22 Punkte, der Mietpreisindex dagegen um 37 Punkte. Die Baulandpreise sind von 1985 - 1992 im Landesmittel um 32% gestiegen, in den Ballungszentren noch deutlich höher.

Jahrelang leugnete die CSU-Regierung, daß es in Bayern überhaupt einen Wohnungsfehlbestand gibt. Sie unterstützte die steuerliche Bevorzugung von Bauherren und Käufern, die Wohnraum nicht zum eigenen Gebrauch schaffen oder erwerben. Sie begünstigte damit einseitig die Bezieher höherer Einkommen und erlaubte keine ausreichende soziale und regionale Streuung. Sie erhöhte die Fehlförderung und stand den Mitnahmeeffekten tatenlos gegenüber.

Die CSU hat unsere Initiativen "Ankaufsrecht für Gemeinden", "Neufestsetzung der Einheitswerte" und "Mobilisierung von Bauland", die der Entspannung auf dem Wohnungsmarkt dienen, abgelehnt. Ebenso lehnte sie unseren Gesetzentwurf zur Verhinderung der Zweckentfremdung von Wohnraum in Bayern ab und auf Bundesebene ein Gesetz zum Mietrecht, das die Explosion der Mietkosten verhindert hätte.

## Unsere Ziele

Wir wollen eine Verstetigung des Wohnungsbaus in Bayern, um Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot zu bekämpfen. Außerdem wollen wir eine sozial gerechtere Förderung des Wohnungsbaus, um mehr preisgünstige Wohnungen zur Verfügung zu stellen und die Wohneigentumsbildung zu erleichtern.

Wir werden ein besonderes Augenmerk auf den Wohnungsbestand richten. Die Bekämpfung der Zweckentfremdung durch Leerstehenlassen kann bisher nur mit Geldbußen und Mitteln des Verwaltungszwangs bekämpft werden. Notwendig ist die Beseitigung der Zweckentfremdung.

**Unsere Maßnahmen**

- Wir wollen den Gemeinden ein Ankaufsrecht ermöglichen. Aufgrund des hohen Anteils der Bodenkosten an den Herstellungskosten einer Wohnung (in Ballungsgebieten über 40%) bedeutet Wohnungsbaupolitik in erster Linie ein Änderung des Bodenrechts. Bodenwertsteigerungen, die leistungslos - nur durch planerische Tätigkeit - entstehen, müssen verhindert werden. Es geht deshalb nicht um spätere Abschöpfung von Bodenwertsteigerungen, sondern grundsätzlich um die Verhinderung des Entstehens solcher Wertsteigerungen. Interessensausgleichsregelungen sind dabei allerdings zu berücksichtigen.

- Besonders in Gemeinden, in denen die ausreichende Versorgung mit Mietwohnungen nicht sichergestellt ist, müssen sämtliche rechtliche Möglichkeiten genutzt werden, Zweckentfremdung durch Leerstehenlassen und Umwandlungsspekulation zu unterbinden.

- Personengruppen, deren Einkommen nicht ausreicht, sich auf dem freien Wohnungsmarkt zu versorgen, die aber gleichzeitig die seit zehneinhalb Jahren geltenden Einkommensgrenzen überschreiten, muß der Zugang zu Sozialwohnungen eröffnet werden. Daher müssen die Einkommensgrenzen erhöht werden.

- Um Mitnahmeeffekte durch den indirekten Steuerverzicht, an dem das Land erheblich beteiligt ist und die weit über den aus Haushaltsmitteln bereitgestellten direkten Fördermitteln liegen, so weit wie möglich auszuschließen, ist die direkte Förderung gegenüber den steuerrechtlichen Instrumentarien zu bevorzugen und auszubauen.

- Wir wollen in der Wohnbauförderung bei der Eigentumsbildung einen einheitlichen Abzug von der Steuerschuld einführen, anstelle bisheriger Abhängigkeit der Förderung von der Steuerprogression.

- Wir legen besonderes Gewicht auf das genossenschaftliche Bauen gerade für die Menschen, die den Weg zum Wohnungseigentum nicht schaffen oder nicht beschreiten wollen. Diese Forderung haben wir in einem umfangreichen Landtagsantrag untermauert, in dem wir insbesondere auch die Anhebung der Einkommensgrenzen des begünstigten Personenkreises herausstellen.

- Wir wollen, daß in Gebieten mit erhöhter Wohnungsnachfrage ein Umwandlungsverbot eingeführt wird, von dem in Einzelfällen abgegangen werden kann.

- Um dem Umwandlungsdruck entgegenzuwirken, wird die Steuerbegünstigung bei Gebrauchtwohnungen ausgesetzt.

- Wir werden modellhafte Baumaßnahmen anstoßen, die nachweisen, daß ohne einen Verlust an Lebensqualität für die Bewohner kostengünstiger und gleichzeitig mit Gewinn an Lebensqualität flexibler gebaut werden kann.

- Wir werden die Bauvorschriften mit dem Ziel überprüfen, Bauvorhaben ohne Gefährdung der Energie- und Sicherheitsstandards zu beschleunigen.

- Aus den durch Umschichtungen gewonnenen Mitteln ist ein **Sonderwohnungsprogramm** für Sozialmietwohnungen in den Brennpunkten der Wohnungsunterversorgung aufzulegen.

- Die Gelder für Städtebauförderung sollen nach Maßgabe des Haushalts erhöht werden. Mit dieser Förderung kann der unsozialen Luxussanierung und Umwandlungsspekualtion in Innenstädten und Innenstandrandbereichen wirksam entgegengetreten werden.

## 2.4. Gleichstellungspolitik

Frauen wird nach wie vor überwiegend die unbezahlte Hausarbeit und Kindererziehung sowie Pflege und Betreuung im Familienkreis zugewiesen. Darüber hinaus sind sie immer noch überwiegend in schlecht qualifizierten und schlecht bezahlten Berufen tätig. Zur Lebensplanung der Frauen gehört trotz der Doppel- und Dreifachbelastung zunehmend die Forderung, Beruf und Familie vereinbaren zu können. Die Lebensplanung der Männer ist dieser Entwicklung nicht angepaßt. Sie sind in Haus- und Erziehungsarbeit nicht oder ungenügend integriert.

In den Anträgen der CSU zum letzten Doppelhaushalt spielte die Frauenförderung keine Rolle. Der Ministerpräsident erwähnte die Frauenförderung in seiner ersten Regierungserklärung mit keinem Wort. In seinem Kabinett gibt es keine Ministerin.

### Unsere Ziele

Unser politisches Ziel ist die Gleichstellung von Mann und Frau in Staat und Gesellschaft. Es genügt nicht, diese Gleichstellung als Rechtsanspruch zu fixieren. Es sind darüber hinaus weitreichende Maßnahmen notwendig: Erwerbsarbeit, Sozialstaat und Gesellschaft müssen so umgebaut werden, daß beide Geschlechter Beruf und Familie miteinander vereinbaren können.

### Wie wir unsere Ziele erreichen wollen

Um den Prozeß zu wirklicher Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen endlich zu beschleunigen, sehen wir vor:

- Ein Gleichstellungsgesetz für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes im Freistaat Bayern.

- Auf allen Ebenen der Staatsverwaltung werden gleichstellungssichernde Instrumentarien geschaffen. Dazu gehören Förderpläne in allen Verwaltungsbereichen, die generell einen 50prozentigen Frauenanteil zum Ziel haben. Es muß sichergestellt sein, daß auch teilzeitbeschäftigte Frauen verantwortliche Aufgaben übernehmen können. Unter anderem müssen Kindererziehungszeiten - ebenso wie der Wehrdienst bei Männern - auf die Dienstjahre angerechnet werden.

- Mit ressortübergreifenden Rechten und dem Recht auf eigene Öffentlichkeitsarbeit ausgestattete Frauenbeauftragte werden in allen Bereichen und Dienststellen der Verwaltung eingesetzt. Die regelmäßige Überprüfung und Berichterstattung über den Fortgang der Gleichstellung sind verpflichtend.

- Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist als Dienstvergehen zu ahnden.

- Auf kommunaler und staatlicher Ebene ist die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten gesetzlich abzusichern.

- Das bayerische Haushaltsrecht ist im Bereich der Wirtschaftsförderung und Vergaberichtlinien um das Kriterium der Frauenförderung zu ergänzen.

- Für Unternehmen, an denen der Freistaat mehrheitlich beteiligt ist, gelten die obigen Forderungen uneingeschränkt.

Wir fordern, daß Mädchenförderung Teil der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer wird und Rollenklischees aus den Schulbüchern und Lehrplänen verschwinden. Mädchen und frauenspezifische Inhalte müssen integraler Bestandteil des Unterrichts werden und dürfen nicht zum Alibianhängsel verkommen. Ziel muß es sein, Mädchen den Zugang zu gewerblich-technischen Berufsfeldern zu öffnen, die bisher den Männern vorbehalten waren.

Berufsberatung muß künftig Mädchen ermutigen, männertypische Ausbildungen anzustreben. Bei den Arbeitsplätzen ist in allen Lohn- und Gehaltsgruppen in den Betrieben und in allen Laufbahnen und Funktionsgruppen des öffentlichen Dienstes eine 50%-Quote für Frauen anzustreben. Unser Ziel ist, daß überall 50 Prozent aller Ausbildungsplätze, auch in gewerblich-technischen und in naturwissenschaftlich-technischen Berufen für Mädchen zur Verfügung gestellt werden.

**Schwangerschaftsabbruch**

Die Benachteiligung und Diskriminierung bayerischer Frauen beim Schwangerschaftsabbruch weden wir beenden. Die Schwangerenkonfliktberatung wird ausgebaut. Sie muß von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen getragen werden.
In ganz Bayern muß die Möglichkeiten bestehen, den Abbruch der Schwangerschaft - auch ambulant - vorzunehmen.

## 2.5. Bildung - Ausbildung - Qualifizierung - Erwachsenenbildung

Der Schlüssel zur Zukunft heißt Bildung. Für jeden einzelnen Menschen wie für die Gesellschaft. Zugleich ist Bildungspolitik eine Kernaufgabe der Landespolitik, die die SPD in Bayern vom gegenwärtigen Zustand der bloßen Verwaltung des Mangels und der Zementierung von Strukturen wieder in den Mittelpunkt politischer Gestaltung rücken wird.

Wir werden Bildung zum Gemeingut für alle machen und damit zugleich den Grundstein für die wirtschaftliche Kraft Bayerns morgen legen. Diese Kraft basiert auf dem Wissen und den Fähigkeiten der arbeitenden Menschen. Nicht geringer als diesen Bezug bewerten wir die emanzipatorische Bedeutung der Bildung.

Wir wenden uns entschieden gegen jeden Versuch, Bildung lediglich als Qualifikation der Ware Arbeitskraft zu begreifen und Menschen darauf zu reduzieren, wirtschaftliche Leistungen möglichst reibungslos zu erbringen und sich im übrigen kritiklos und initiativlos in ungerechten Verhältnissen einzurichten.

In den nächsten zehn Jahren werden durch Geburtenzuwachs und Zuwanderung 220.000 Kinder und Jugendliche zusätzlich in das bayerische Bildungssystem zu integrieren sein. Kindheit und Jugend haben sich verändert. Die Erziehungskräfte der Familie werden durch viele gesellschaftliche Entwicklungen schwächer, die Aufgaben der Schule und Kindertagesstätten dadurch umfangreicher. Medien- und Konsumkultur, Gewaltbereitschaft und rechtsradikale Orientierungen sind Phänomene, auf die die Gesellschaft und ihre Bildungsinstitutionen humane und demokratische Antworten geben müssen. Aus der Berufswelt werden neue, gestiegene Anforderungen an die jungen Menschen herangetragen. Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit, Prozessdenken, soziale Kommunikation, Eigenverantwortlichkeit und Kreativität werden nun viel mehr Menschen abgefordert, als je gedacht. Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit der Eltern, Krieg im ehemaligen Jugoslawien zeigen auf, daß Kinder und Jugendliche in einer bedrohten Welt leben und lernen. Bildungspolitik trifft auf eine Welt, die sich immer schneller verändert und den Kindern und Jugendlichen schwierigere Aufgaben stellt. Sie zu unterstützen, das Bildungssystem für sie zu verändern und nicht für bestimmte Funktionalitäten - darin sieht die SPD eine verpflichtende Zukunftsaufgabe. Diese Aufgabe wollen wir im Dialog mit Eltern, Schülern, Studenten und Pädagogen engagiert angehen.

Die Bildungspolitik der SPD ist geprägt von Offenheit, demokratischer Teilhabe, der Bereitschaft für Innovationen und Dialogfähigkeit. Unser grundsätzliches Bildungsverständnis umfaßt die Aspekte:

- Bildung für alle Menschen. Damit steht unser Anspruch gegen alle Absichten, umfassende Bildung nur für wenige zuzulassen und dadurch gesellschaftliche Ungleichheiten zu stabilisieren. Wer wie die CSU Bildungschancen vom Einkommen der Eltern, von der Nationalität, vom Wohnort oder vom Geschlecht des Kindes abhängig macht, gefährdet die Demokratiefähigkeit unserer Gesellschaft.

- Bildung bezogen auf eine vielseitige Entwicklung des Menschen. Bildung bezieht Berufsarbeit genauso ein wie das Leben in der Freizeit, in der Familie und und im politisch-sozialen Umfeld. Geistige, kreative, manuelle, soziale und kommunikative Fähigkeiten sind gleichwertig zu entwickeln und zu fördern. Ziel unserer Bildungspolitik sind Menschen, die selbständig denken und verantwortlich handeln können, die politische, soziale und technische Zusammenhänge durchschauen.

- Bildung als eine lebenslange Auseinandersetzung. Bildung war nie ein zeitlich abschließbarer Prozeß. Durch die enormen, an Tempo zunehmenden gesellschaftlichen Wandlungen bekommt der Faktor lebenslanger Bildung und Weiterbildung einen immer höheren Stellenwert.

- Bildung als Instrument, tradierte Geschlechterrollen bewußt zu machen und aufzubrechen. Das gilt für die Rolle der Frau in der Familie ebenso wie für die Verdrängung aus gesellschaftlichen Entwicklungen, aus Kunst und Wissenschaft.

- Bildung als stabilisierender Faktor in der Risikogesellschaft. Die Lebensentwürfe der Menschen gelingen in einer Welt mit zunehmenden Unsicherheiten nur dann, wenn die Menschen das Wissen und Können, den Charakter und die Moral erwerben können, die für die Bewältigung von Zukunftsaufgaben wie Verhinderung der Umweltzerstörung, Bekämpfung von Gewalt, Arbeitslosigkeit und sozialer Kälte nötig sind.

**Kindergärten, Kindertagesstätten**

**Kinder haben Rechte**

Die Menschenrechte gelten uneingeschränkt für Kinder. Wir wollen, daß ihre Interessen und Bedürfnisse bei jeder politischen Entscheidung berücksichtigt werden. Kinder haben ein Recht auf altersgerechte Betreuung und Förderung. Diesem Anspruch wird die vorschulische Erziehung gerecht, die die elterliche Erziehung unterstützt und darüber hinaus auch einen eigenständigen sozialpädagogischen Bildungsauftrag (vor allem kompensatorische Erziehung und soziales Lernen) besitzt. Die Eltern haben Anspruch auf Unterstützung bei der Bewältigung der Erziehungsaufgaben. Wir wollen den - auch im Schwangerenhilfegesetz verankerten - Anspruch eines jeden Kindes auf einen Kindergartenplatz in Bayern verwirklichen; es muß kein Kindergarten herkömmlicher Form sein, wir fördern auch neue, flexible Formen von Kindergruppen, wenn ausreichende und angemessene Betreuung sichergestellt ist. Wir treten für ausreichendes Angebot an Krippen- und Hortplätzen ein.

Auch Kinder mit körperlichen oder psychischen Behinderungen sollen nach Möglichkeit in allgemeine Tagesstätten aufgenommen werden. Wir werden zu diesem Zweck ein Programm zur Schaffung und Förderung integrativer Tagestätten auflegen.

Die SPD verwahrt sich entschieden gegen die Auffassung der gegenwärtigen bayerischen Staatsregierung, das "Recht auf körperliche Züchtigung" weiterhin sogar gesetzlich zu verbriefen, solange nur Schläge und andere Mißhandlungen die körperliche Unversehrtheit des Kindes "nicht erheblich" beeinträchtigen. Schläge verletzen die Würde des Kindes und sind eine pädagogische Bankrotterklärung.

Entwürdigende Erziehungsmaßnahmen müssen endlich gesetzlich verboten werden.

Das Grundgesetz schützt die Familie. Deshalb kann Kindern und Jugendlichen in Konfliktsituationen oft erst nach Überwindung bürokratischer und juristischer Hindernisse geholfen

werden. Sie müssen aber ein eigenständiges Recht auf Beratung und Hilfe erhalten. Die Dringlichkeit eines solchen Rechts zeigt sich insbesondere immer wieder in Fällen sexuellen Mißbrauchs, in denen die Opfer nicht wissen, an wen sie sich in ihrer Not wenden können. Damit sie dieses Recht auch wahrnehmen können, werden wir die flächendeckende Einrichtung von Beratungsstellen und Schutzhäusern fördern.

**Schulen: Grund- und Hauptschule, Ganztagsschule, Gesamtschule, Regionalschule, Kollegschule**

Wir wollen, daß alle Kinder im Grundschulalter während des gesamten Vormittags, auch über den Unterricht hinaus, in der Schule pädagogisch betreut werden, wenn die Eltern es wünschen. Daneben soll das Angebot an Ganztagsschulen mit eigenem pädagogischen Konzept verbessert werden.

Wir sehen in wohnortnahen und vernünftig dimensionierten Integrierten Gesamtschulen die beste Möglichkeit, Bildungschancen für alle länger offen zu halten und alle Bildungsabschlüsse wohnortnah anzubieten.

Wir sehen die Regionalschule als ein Angebot und eine Möglichkeit, Schule nach örtlichen Bedürfnissen zu gestalten, etwa durch ein freiwilliges 10. Schuljahr mit mittlerem Abschluß, in der Form der Kooperation zwischen Haupt- und Realschule oder auch zwischen Realschule und Gymnasium.

Der Elternwunsch nach dem Ausbau von mehr Schulen zu Ganztagsschulen macht es erforderlich, daß im Zusammenwirken von Schulträgern, Interessenvertretungen der Schüler, Eltern und Lehrer sowie der Träger außerschulischer Jugendarbeit neue Konzepte einer "offenen Schule" entwickelt, erprobt und verbreitet werden. Dazu werden wir nicht nur im städtischen, sondern auch im ländlichen Bereich Modellprojekte "offene Ganztagsschule" in Kooperation mit Schülern und Schülerinnen, Eltern, Lehrer- und Lehrerinnenvertretungen, den Trägern der außerschulischen Jugendarbeit und den Schulträgern fördern. Denn Schule ist eine gesellschaftliche Einrichtung, kein Disziplinierungs- und Ausbildungsinstrument des Staates.

Der von der CSU-Regierung eingeschlagene Weg, durch Appelle und pädagogisch nicht zu rechtfertigende Verschärfungen der Eintrittsbedingungen und ähnliche Maßnahmen vom Besuch des Gymnasiums abzuschrecken, ist pädagogisch schädlich und sozial ungerecht. Diese Politik mißachtet auch den Elternwillen und das Elternrecht auf Freiheit der Schulwahl.

Wir werden demgegenüber - wie auch das Volksbegehren Bessere Schulen - die Forderung nach doppelqualifizierenden Bildungsgängen verwirklichen. Damit wollen wir bewährte Elemente des dualen Systems nicht beseitigen, aber um in anderen Ländern bereits erfolgreich erprobte Möglichkeiten erweitern und Förderung an die Stelle frühzeitiger und pädagogisch nicht qualifizierter Auslese setzen. An Kollegschulen, wie zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, kann in einen schulischen Ausbildungsgang integriert sowohl ein allgemeinbildender als auch ein berufsqualifizierender Abschluß erreicht werden.

Wir werden die überfällige Schulreform auch in diese Richtung vorantreiben, die berufliche Bildung tatsächlich aufwertet und für die Absolventen mit mittlerem Bildungsabschluß neben der beruflichen Qualifikation den Erwerb einer echten Studienberechtigung ermöglicht.

Das von der CSU-Regierung formal unwesentlich geänderte Erziehungs- und Unterrichtsgesetz läßt jeden Reformansatz vermissen, wie ihn nicht nur Eltern, Schüler und Lehrer, sondern zum Beispiel auch Arbeitgeberverbände und die Frauenbewegung fordern. Die SPD wird die nötigen Reformen unverzüglich einleiten.

Im Zeichen des Wandels gesellschaftlicher Lebensformen und geänderter Familienstrukturen muß die Schule noch mehr Lebensraum als Lehr- und Lernanstalt werden und ihre Erziehungs- und Betreuungsangebote verbessern. Soziales Lernen muß in den Schulen verstärkt möglich sein.

Ohne neue Unterrichtsinhalte und optimierte Qualifikationen auf breiterer Ebene ist die angestrebte ökologische Umgestaltung unserer Wirtschaft nicht zu bewältigen.

Wir wollen die Schule zu einem Ort machen, an dem Demokratie nicht nur gelehrt, sondern gelernt und gelebt wird. Die Stärkung der Rechte der Schülerinnen und Schüler, der Ausbau ihrer Mitbestimmung, aber auch der von Eltern, Lehrern und Lehrerinnen, sind fester Bestandteil des sozialdemokratischen Mottos "Mehr Demokratie wagen" - auch in der Schule.

**Schwerpunktforderungen der SPD zur Modernisierung der Schule:**

- Für ausreichend viele Lehrer und Lehrerinnen an den Schulen. Klassen über 30 Schüler sind nicht tragbar. Der große Schülerzuwachs von circa 220.000 Jungen und Mädchen in den nächsten zehn Jahren erfordert mehr Lehrer und Lehrerinnen. Die SPD wird schrittweise die Klassen über 30 Schüler abbauen. Langfristig wollen wir eine Senkung der Klassenhöchststärken auf 25 SchülerInnen, ohne dadurch bestehende Schulorte zu gefährden.

- Für alle Lehrämter eine Verbesserung der Ausbildung durch stärkere Einbeziehung der Unterrichtsmethodik, der Didaktik und der Unterrichtspraxis in das Studium.

- Für Schulformen, die Eltern und Kommunen nachfragen. Die SPD will dort, wo sich eine ausreichende Elternnachfrage artikuliert, die Hauptschule/Realschule/Regionalschule, die Orientierungsstufe (möglichst angegliedert an die Grundschule), die Gesamtschule und die Kollegschule ermöglichen. Besonders in ländlichen Räumen ist dies oft die kostengünstigere und pädagogisch sinnvollere Lösung. Voraussetzung ist das Einvernehmen zwischen Eltern und Kommune.

- Für demokratische Teilhabe der Eltern, Schüler und Lehrer an der Gestaltung der Schule. Die SPD will eine gesetzliche Verankerung wirklicher Mitbestimmungsmöglichkeiten auf allen Ebenen. Schüler, Eltern und Lehrer sollen an der Weiterentwicklung "ihrer" Schule gestaltend mitwirken können. Der demokratische Bildungsauftrag der Schule erfordert die Einbeziehung der Schülerschaft in die sie betreffenden schulischen Angelegenheiten, beginnend bei Vorhaben an der eigenen Schule und endend bei Veränderungen des Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes im Landtag.
  Die Arbeit der Schülervertretungen wird von der SPD auch als politische Bildung verstanden und auf jeder Ebene nachhaltig unterstützt. Die Abschaffung der Zensur von Schülerzeitungen versteht sich von selbst.
  Schule wird nur dann eine "gute Schule" sein, wenn alle an ihr Beteiligten in ihren Interessen und Fähigkeiten ernst genommen werden und auch "etwas zu sagen und zu gestalten" haben.

- Für eine innere Schulreform. Schule muß sich dem umliegenden Lebensfeld öffnen. Neue Lebensformen sollen breiten Raum bekommen. Ein Viertel der Inhalte und der Unterrichtszeit können von den Schülern selbst bestimmt werden. Die verbindlichen Lehrplanziele sollen auf 75% beschränkt werden, um Freiräume für Kreativität und Eigenverantwortung zu schaffen. Schulen sollen sich ein eigenes inhaltliches Profil geben können. Die SPD will Räume schaffen für Praktika, Zusammenarbeit mit Betrieben, interkulturelle Projekte, ökologische Schwerpunkte, Integrationsklassen in der Regelschule, Reduzierung der Zifferntoten insbesondere in der Grundschule und viele andere kreative Ideen aus der Schüler-, Lehrer- und Elternschaft.

- Für mehr Durchlässigkeit zwischen den Schularten. Kinder und Jugendliche entwickeln sich unterschiedlich. Übergänge von einer auf eine andere Schulart sollen innerhalb eines weiten Zeitrahmens ermöglicht werden.

- Für interkulturelles Lernen als Unterrichtsprinzip. Dazu gehört neben einer veränderten Lehrerausbildung auch die Überarbeitung der geltenden Lehrpläne.

- Für die Integration von behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern. Die SPD wird vielfältige Schulversuche zur Integration von Behinderten initiieren. Die Zusammenarbeit zwischen betroffenen Eltern und Regelschulen soll stark gefördert werden. Wir werden einen Zehnjahresplan zur Integration an den Grundschulen auf den Weg bringen.

**Soziale Absicherung von Schülerinnen und Schülern**

Wir werden uns für die Wiedereinführung des SchülerInnen-BAföGs einsetzen. Denn dies ist ein wirksames Mittel, vor allem den Anteil von SchülerInnen aus Arbeiterfamilien zu erhöhen, die die allgemeine Hochschulreife erreichen und anschließend studieren können.

**Plätze für aktives Spielen**

Kinder lernen nicht nur in der Schule, sondern auch beim Spielen. Besonders in den Städten sind Spielmöglichkeiten außerhalb der Wohnung sehr eingeschränkt.

Wir werden deshalb die Einrichtung pädagogisch betreuter Aktivspielplätze als außerschulische Lernorte fördern.

**Wissenschaftspolitik und Hochschulreform**

Die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen und Fachhochschulen ist mitentscheidend für die Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben und die Gestaltung der Zukunft. Die Hochschulen müssen auch künftig für die junge Generation offengehalten werden.

Wir unterstützen deshalb einen neuen Anlauf in der Hochschulreform. Sie muß die Bereiche Studium, Selbstverwaltung und Hochschulverwaltung umfassen und zur Verankerung einer konsequenten Gleichstellung der Frauen beitragen. Konservative Bildungspolitik macht Studentinnen und Studenten zu Objekten der Bildungsökonomie. Eine angemessene Mitbestimmung in Selbstverwaltung, Lehre und Forschung gerät ebenso ins Abseits wie die Vertretung studentischer Interessen in Verfaßten Studentenschaften.

Wir wollen

1. demokratische Beteiligung an der Studienreformdiskussion und nicht - wie bisher - totale Ignorierung;
   Die Verfaßte Studierendenschaft ist umgehend wieder an den Hochschulen zuzulassen.

2. tatsächliche Verbesserung der Studienbedingungen, die hauptsächlich für die langen Studienzeiten verantwortlich sind;

3. Rücknahme schon erfolgter bzw. noch geplanter Maßnahmen, die effektiv sozial Schwache aus dem Studium drängen (BAföG-Verschärfungen, Gebühren, Exmatrikulation etc.); unter anderem Rücknahme der Änderungen des Bayerischen Hochschulgesetzes vom 24.6.1993.

Die Bewegungsfreiheit der einzelnen Hochschulen und ihrer Leitungen muß, zum Beispiel über Globalhaushalte, vergrößert werden. Deshalb befürworten wir die Entwicklung von Kriterien der Leistungs- und Effizienzkontrolle auch im Wissenschaftsbereich.

Die Hochschulen müssen ihre traditionellen Aufgaben in Forschung, Lehre und Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses wieder wirksamer erfüllen. Das künstliche Verknappen des wertvollen Gutes "Bildung" an unseren Hochschulen - etwa durch die Einführung eines Zentralabiturs, durch Studiengebühren und Zwangsexmatrikulation - kann weder den notwendigen Ausbau der Hochschulen noch die längst fällige Hochschul- und Studienreform

ersetzen. Eine solche Reform verfehlt ihr Ziel ohne einen effizienten Einsatz der vorhandenen Ressourcen und engeren Kontakt zur Berufswelt, insbesondere zur Wirtschaft.

Wir werden die Fachbereiche und Forschungsprojekte in Universitäten und Hochschulen verstärkt fördern, die von konservativer Hochschulpolitik vernachlässigt wurden,und die Forschungsförderung auf die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft und auf die technische Leistungsfähigkeit des 21. Jahrhunderts ausrichten. Die Wettbewerbsfähigkeit in der Informationstechnik, bei neuen Materialien und bei vielen weiteren chemischen, physikalischen und biologischen Technologien entscheidet über unseren Wohlstand morgen. Kennzeichnend für solche Technologien ist zunehmend, daß sie beschleunigt von der Grundlagenforschung in die industrielle Anwendung gelangen, ein zeitlicher Vorsprung in der Anwendung einen großen Wettbewerbsvorsprung darstellt und damit neue Arbeitsplätze schafft oder schaffen kann. Deshalb muß auch der Technologietransfer zwischen Hochschulen und Industrie besonders gefördert werden. Aber eine Universität nach dem Modell der "University Founding Councils" wie in Großbritannien darf es nicht geben. Wo neue Ideen entstehen sollen, muß ein Freiraum sein fernab von wirtschaftlichen Interessen.Wer Lösungsansätze für drängende Probleme dieser Zeit erhalten möchte, muß den freien Blick von außerhalb ermöglichen. Das kann nur ein offenes und autonomes Schul- und Hochschulsystem leisten.

Wir werden die zentralen Aufgaben der Forschung - Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Schutz von Gesundheit und Umwelt und Überwindung technischer Risiken - wieder in den Vordergrund stellen. Dazu gehören für die SPD auch Friedens- und Frauenforschung, die Humanisierung des Arbeitslebens sowie präventive und Naturmedizin und staatliche Aufträge zur Erforschung des politischen Extremismus und der Möglichkeiten multikultureller Integration. Technikfolgenabschätzung werden wir als interdisziplinären wissenschaftlichen Forschungs- und Arbeitsbereich fördern.

Die Grundlagenforschung, deren Bedeutung gerade für anwendungsorientierte Problemstellungen wächst, ist ein entscheidender Faktor für die Qualität des Standorts Bayern. Den Hochschulen muß der Spielraum für zukunftsorientierte Aufgabenfelder erhalten bleiben. Einen Abbau der Grundlagenforschung wird es deshalb mit uns nicht geben.

Eine Neutronenquelle in Form des beantragten Atomreaktors FRM II in Garching lehnen wir ab.

Wir wollen die Hochschulen angemessen ausstatten. Die Hochschulen müssen ständig modernisiert werden, insbesondere muß ihre Großgeräteausstattung modernsten internationalen Standards entsprechen. In einer sozialdemokratisch geführten Regierung werden wir den Bund wieder in die Pflicht nehmen, der seit Jahren weniger als die von ihm zu übernehmenden Kosten von 50% im Rahmen der Hochschulbauförderung trägt, und insbesondere ein neues Bund-Länder-Programm zum Bau von Studentenwohnungen über den Bundesrat einbringen.

**Wissenschaftsorganisation**

Wir sind der Auffassung, daß die Wissenschaftsorganisation hinsichtlich der Zusammenarbeit von Einrichtungen der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung optimiert werden muß.

Anstelle des Beirates beim Kultusministerium befürworten wir die Einführung eines Wissenschaftsrates auf Länderebene zur Beratung von Parlament und Regierung.

**Soziale Sicherung der Studierenden**

Wir wollen die soziale Situation der Studierenden durch eine Bundesratsinitiative zur Einführung von BAföG als bedarfsorientierte, einkommensunabhängige Sozialleistung in Form eines Vollzuschusses verbessern. Studiengebühren lehnen wir ab.

Darüber hinaus sind Initiativen zur Entspannung der Wohnungssituation notwendig. Das gilt im Bereich der Schaffung von Wohnheimplätzen, der Anwendung geeigneter Instrumentarien der Wohnungspolitik, von denen auch die Studierenden profitieren, sowie für die Einbeziehung der Studierenden in die Gewährung von Wohngeld.

**Fachhochschulen - "Studium mit vertiefter Praxis" - Berufsakademien**

Eine besondere Bedeutung kommt den Fachhochschulen zu. Zur Zeit gibt es in Bayern etwa 20.000 Studienplätze an FHS. Bereits im Jahr 1975 legte die Bund-Länder-Kommission für Bayern 24.700 Studienplätze fest. Unter Berücksichtigung der geänderten Qualifikationsanforderungen streben wir 40.000 Studienplätze an Fachhochschulen an. Wir wünschen deshalb den zügigen Ausbau der bestehenden Fachhochschulen und befürworten Neugründungen. Wir streben ein Verhältnis von Studierenden an Universitäten zu Studierenden an Fachhochschulen von 60 : 40 an.

Das Modell "Fachhochschulen 'Studium mit vertiefter Praxis' " in den Bereichen Maschinenbau und Betriebswirtschaft existiert seit 1988 in Würzburg/Schweinfurt, Nürnberg, Coburg und Regensburg. Die Voraussetzungen für das Studium mit vertiefter Praxis sind die fachgebundene Hochschulreife und ab dem 3. Semester ein Vertrag mit einem Unternehmen. Im Vergleich mit einem "normalen" Fachhochschulstudium ist die Praktikumszeit deutlich erhöht und das Praktikum an eine Firma gebunden. Wir fordern, dieses Modell zu verstärken und auf alle Fachhochschulen und alle Fachbereiche auszudehnen sowie verstärkt mit den Industrie- und Handelskammern zusammenzuarbeiten.

Wir schlagen vor, daß auch in Bayern die Möglichkeit des Aufbaus von Berufsakademien vorbehaltlos geprüft wird. Berufsakademien gibt es in Baden-Württemberg, Berlin und Sachsen mit den Ausbildungsrichtungen Dipl. Volkswirt (FH), Dipl. Ingenieur (FH) und Dipl. Sozialpädagoge (FH). Eingangsvoraussetzungen sind die allgemeine Hochschulreife und ein Ausbildungsvertrag mit einem Unternehmen.

**Berufliche Bildung - Gleichwertige Bildung durch Arbeiten und Lernen im Beruf**

Berufliche Bildung hat für uns den gleichen Rang wie schulische und akademische Bildung. Wir wollen, daß diese Bildung, die durch handlungsorientiertes Lernen und Ausführen erworben wird, die gleichen Chancen eröffnet wie weiterführende Schulen und Hochschulen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den öffentlichen und privaten Arbeitgebern wollen wir beruflich qualifizierten Frauen und Männern den Aufstieg durch berufliche Weiterbildung und den Zugang zum Studium eröffnen.

Durch die Einrichtung doppelqualifizierender Ausbildungsgänge sollen Auszubildende die Möglichkeit erhalten, die Fachhochschulreife zu erwerben.

Wir wollen, daß alle Jugendlichen eine Ausbildung erhalten, in Betrieben und Berufsschulen, in allgemeinbildenden und Hochschulen. Das Bildungsproblem in Bayern ist nicht ein zuviel an Bildung, sondern die Tatsache, daß immer noch zwölf bis vierzehn von hundert Jugendlichen ohne abgeschlossene Berufsausbildung ins Arbeitsleben treten oder gleich nach der Schule arbeitslos werden. Unser Ausbildungssystem bietet ein breites Spektrum von Ausbildungsberufen mit so unterschiedlichen Anforderungen, daß jeder Jugendliche bei ausreichender Beratung und Förderung eine berufliche Qualifizierung erreichen kann.

Betriebe, die weniger Ausbildungsplätze als zehn Prozent ihrer Beschäftigtenzahl anbieten,

werden zur Zahlung einer Ausbildungsabgabe für die Finanzierung außerbetrieblicher Lehrwerkstätten in ArbeitnehmerInnenhand verpflichtet.

Unserem Ausbildungssystem fehlt die Fortsetzung in einem leistungsfähigen Weiterbildungssystem, das über interessante Aufstiegsfortbildung eine attraktive Alternative zur weiterführenden schulischen und akademischen Bildung darstellt. Eine wachsende Zahl von Jugendlichen zieht deshalb bereits den Weg über Abitur und Studium der beruflichen Bildung vor.

Wir treten dafür ein, daß Arbeitgeber, Gewerkschaften, Land und Bund die berufliche Weiterbildung zu einem festen Bestandteil der Arbeit machen. Beschäftigten, die ohne berufliche Qualifizierung geblieben sind, und Arbeitslosen sollen in der Verbindung von Arbeit und Lernen Qualifizierungsmöglichkeiten eröffnet werden, die es ihnen erlauben, über Qualifizierungsbausteine einen Berufsabschluß zu erwerben.

Die effizienteste Art, in der beruflichen Bildung europäische Kompetenzen in Sprache und Kultur zu erwerben, geschieht durch Beschäftigung in einem anderen Land. Wir wollen den Austausch von Auszubildenden und jungen Berufstätigen entsprechend ihrem Anteil an den Altersjahrgängen erhöhen. Das dient der Verbesserung der allgemeinen Bildung und der beruflichen Qualifikation, entwickelt aber auch das Verständnis für andere Lebensformen und Kulturen.

## Erwachsenenbildung

Bildung im Erwachsenenalter darf sich nicht auf den Erwerb beruflicher Qualifikationen beschränken. Sie umfaßt gleichgewichtig die Entwicklung der Persönlichkeit und die Förderung der Identität, die Vermittlung neuen Wissens in der technologisierten Welt, die Fähigkeit, sich Informationen zu beschaffen und sie zu bewerten, und die Kompetenz, sich in der politischen und sozialen Umwelt konfliktfähig und kooperationswillig zu bewegen.

Das Bildungsurlaubsgesetz der SPD wird nicht nur den beruflichen, sondern auch den politischen und allgemeinen Weiterbildungsanspruch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer regeln. Wir erwarten davon die weitere Professionalisierung der Erwachsenenbildung und den Ausbau eines flächendeckenden Netzes vielfältiger und leistungsfähiger Einrichtungen in Ergänzung der vielen schon heute bestehenden guten Angebote.

Wir werden die Entwicklung von Weiterbildungsangeboten fördern, die fachliche, kulturelle und politische Aspekte integrieren. Wir werden insbesondere die politische Bildung fördern. Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung leistet einen unverzichtbaren Beitrag dazu, dem Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit den Boden zu entziehen. Es ist die Politik der BayernSPD, so viele Menschen wie möglich aktiv an der Gestaltung unseres Landes zu beteiligen.

## Jugendpolitik

Das Jugendalter ist ein eigenständiger Lebensabschnitt und eine Phase der Orientierung zwischen Kindheit und Erwachsensein. Politik muß ihr Teil dazu beitragen, daß Jugendliche ihre Entwicklung zunehmend als selbstbestimmt erfahren. Wir werden Möglichkeiten der Mitbestimmung schaffen, um Demokratie als Lebensform erstrebenswert zu machen.

Jugendliche brauchen mehr politische Mitwirkungsrechte als bisher. In der Schule, in Jugendverbänden und anderen Jugendeinrichtungen und in der kommunalen Jugendpflege gibt es Möglichkeiten, Verantwortung für die Gestaltung des eigenen Lebensbereichs und Gleichberechtigung einzuüben, Selbständigkeit, Solidarität und Toleranz zu lernen und damit zugleich die Abwehr von Extremismus und Gewalt. Schon heute leisten die Verbände und viele Jugendgruppen auf diesem Gebiet hervorragende Arbeit. Wir werden alle diese Angebote mit

staatlichen Mitteln unterstützen, aber wir wollen der Arbeit der Verbände und anderen privaten Einrichtungen den Vorrang vor staatlichen Angeboten lassen. So können sich ehrenamtliches Engagement und unabhängige Arbeit freier entfalten und flexibler auf neue Bedürfnisse eingehen.

Der Streichung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch den Bund widersetzen wir uns entschieden, insbesondere soweit sie die Unterstützung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Jugendliche betreffen. Solche Projekte werden wir durch staatliche Komplementärfinanzierung erhalten.

Wir werden die Einrichtung eines Bayerischen Jugendparlaments anregen, mit dem demokratisch gewählte Jugendvertreter aller im Bayerischen Jugendring organisierten Vereine, Verbände und Organisationen, aber auch nicht organisierter Gruppen ein Forum der Diskussion und Meinungsbildung erhalten. Die Beschlüsse des Jugendparlaments werden im Bayerischen Landtag beraten, soweit sie sich an den Staat richten.

Das freiwillige ökologische und soziale Jahr werden wir als weiteres Angebot an die Jugend ausbauen.

## 2.6. Kultur und Medien in Bayern

Museen, Theater und Orchester, kulturelle Stadtteil- und Landkreisarbeit, schulische Literatur- und Musikwettbewerbe, Experimentalbühnen, Programmkinos, Rockgruppen, Heimatvereine, Kulturzentren der Frauen, ausländischer Mitbürger und Mitbürgerinnen, Frauenprojektgruppen und vieles mehr sind Ausdruck der vielfältigen kulturellen Bedürfnisse und Aktivitäten der bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Die gesamte kulturelle Arbeit prägt unsere weltoffene bayerische Heimat, auch wenn die Förderung der kulturellen Arbeit immer noch einseitige Schwerpunkte setzt.

Wir sind eine multikulturelle Gesellschaft. Kultur lebt vom Austausch, nicht von Abkapselung. Die Ausländerinnen und Ausländer in unserem Land sind eine große Chance für unsere Kultur. Es gilt, gerade jetzt diese Chance zu nutzen.

Insbesondere der Zustand der elektronischen Medien ist unbefriedigend. Sie spiegeln in ihrer heutigen Erscheinung nicht die kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung wider - sie kommen zum Beispiel nicht den Bedürfnissen nach einer stärkeren Regionalisierung der Fernsehprogramme entgegen -, aber sie prägen diese Bedürfnisse. Hier muß sich Politik einmischen, ohne die Freiheit der Medien zu verletzen. Gleichzeitig hat die Medienindustrie eine große ökonomische Bedeutung mit einem Anteil von 10 % am Bruttosozialprodukt in Bayern. So ist beispielsweise München nach New York die zweitgrößte Verlagsstadt der Welt. Die Kommunikationsindustrie insgesamt ist die Wachstumsbranche der Zukunft überhaupt und wird schon in wenigen Jahren die Automobilindustrie überholt haben.

Die CSU hat den Medienstandort Bayern in den letzten Jahren vernachlässsig. Tatsache ist es, daß Bayern durch die aktive Politik Nordrhein-Westfalens auf dem Sektor der privaten Fernsehanbieter und Berlins im Bereich der Filmindustrie, aber auch durch die verstärkte Konkurrenz durch Wien, Budapest und Prag immer mehr in Gefahr gerät.

### Unsere Ziele und Maßnahmen

Wir werden dafür sorgen, daß staatliche Kulturpolitik ihrem Auftrag wieder nachkommt, die kulturelle Vielfalt, die Bayern immer geprägt hat, zu erhalten und zu mehren. Zur Lebensqualität gehört auch ein breit gefächertes kulturelles Angebot und die Möglichkeit für viele Men-

schen, sich selbst kreativ zu betätigen. Diese sogenannten "weichen Standortfaktoren" haben für uns in Bayern eine hochrangige Bedeutung neben den ökonomischen Zukunftschancen.

Kultur ist Lebensqualität. Wir werden uns dafür einsetzen, daß in unserer bayerischen Heimat die Zusammenarbeit verschiedener Kulturen unter Wahrung ihrer jeweiligen Identität gefördert wird, anstelle von Ressentiments und Angst. Wir treten ein für Toleranz in einer offenen Gesellschaft.

Wir wollen den Einfluß der CSU auf den Rundfunk zurückdrängen und die innere Rundfunkfreiheit stärken. Wir wollen aber jede Einflußmöglichkeit nutzen, um die Kommerzialisierung, Verflachung und Brutalisierung des Fernsehens zu stoppen. Statt sich den Privaten anzupassen, müssen die öffentlich-rechtlichen Programme besser werden und die Privaten auf diese Weise einem positiven Konkurrenzdruck unterwerfen. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Darstellung von Gewalt durch gesetzlichen Jugendschutz und neue Programmgrundsätze für das öffentlich-rechtliche wie für das private Fernsehen nachhaltig reduziert wird.

Der natürliche Standortvorteil Bayerns im Medienbereich, der durch eine hervorragende technische Infrastruktur und ein Kreativpotential der Menschen begründet ist, kann nur gehalten und ausgebaut werden, wenn die Medienpolitik ein zentraler Bestandteil der Wirtschafts- und Strukturpolitik wird. Wir werden, um diese Aufgabe offensiv angehen zu können, die nötigen organisatorischen, personellen und finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen.

## 2.7. Bürger - Staat - Verwaltung -

### Subsidiarität auch im eigenen Land - Verfassungs- und Verwaltungsreform

Das CSU-Amigo-System und die in Jahrzehnten der Alleinregierung geschaffene Verfilzung von Staat und CSU haben unser Land in eine tiefe politische Krise gestürzt. Diese Krise unseres Gemeinwesens kann durch den nötigen Wechsel in der Staatsregierung und durch eine neue Regierungspolitik alleine nicht überwunden werden. Ebenso wie in der Organisation der Arbeit müssen auch in der Organisation des Staates Mitarbeit und Mitbestimmung der Bürger und Bürgerinnen auf allen Ebenen gestärkt werden. Dies ist der Kern und die leitende Idee der Reformen, die wir für den Staat und den Staatsaufbau selbst vorsehen.

Die Distanz zwischen Regierenden und Regierten ist zu beheben durch den Ausbau der Volksgesetzgebung in Bayern.

Volksgesetzgebung in Bayern

Wir wollen, daß die BürgerInnen bei Planungsentscheidungen mitreden können. Die Mitwirkungsrechte der BürgerInnen müssen unverkürzt wiederhergestellt werden; die bei Großprojekten "üblichen" Verflechtungen zwischen Antragstellern, Genehmigungs-, Aufsichts- und Gutachterinstanzen müssen künftig unmöglich gemacht werden. In einem zweiten Schritt müssen raumrelevante Entscheidungen weiter demokratisiert werden. Die BürgerInnen müssen auf allen Ebenen auch das Recht haben, selbst Entscheidungen anzustoßen und zu treffen. Deshalb unterstützen wir das Volksbegehren "Mehr Demokratie in Bayern".

In Bayern gibt es zwar die Möglichkeit, durch Volksbegehren und Volksentscheid Gesetze durchzubringen. Sie wird aber kaum genutzt, da die organisatorischen Schwierigkeiten groß und die Zulassungshürden hoch sind. Hier wollen wir die Mitentscheidungsmöglichkeiten verbessern und das Verfahren erleichtern. Wir wollen direkte Demokratie auf allen Entscheidungsebenen, also auch in den Gemeinden und bundesweit.

**Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in den Kommunen**

Was auf Landesebene für gut und richtig befunden wird, gilt hinsichtlich der Bürgerbeteiligung erst recht auf den überschaubareren Ebenen des Kreises und der eigenen Gemeinde. Wir werden daher die rechtlichen Voraussetzungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in den Gemeinden, Städten und Landkreisen schaffen. Bürger und Bürgerinnen sollen die Möglichkeit haben, politische Sachentscheidungen unmittelbar in ihren Kreisen und Gemeinden zu treffen, nicht nur indirekt und periodisch über Wahlen.

Mit dieser Erweiterung der bayerischen Verfassung werden wir einen Vorschlag verwirklichen, den bereits Ministerpräsident Wilhelm Hoegner 1951 vorbrachte und der seither an der Ablehnung durch die CSU scheiterte.

**Recht darf nicht länger Männersache sein**

Es gibt noch viel zu wenige Richterinnen in Bayern. Wir wollen eine 50prozentige Berücksichtigung für Frauen bei allen Gerichtsinstanzen und Spruchkammern in Bayern. Die Regelung aus dem Jugendstrafrecht, daß als Schöffen jeweils eine Frau und ein Mann zu berufen sind, soll künftig in allen Verfahren gelten.

Wir wollen, daß in Sexualstrafverfahren vorwiegend Frauen tätig werden. Bereits die Ermittlungen sollen durchgehend von Staatsanwältinnen und Kriminalbeamtinnen geführt werden.

**Beteiligung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger**

Wir wollen in Bayern nicht nur die Einführung des Kommunalwahlrechtes für Staatsbürger der Europäischen Union, sondern auch für Staatsbürger anderer Staaten, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben. Wir werden uns im Bundesrat dafür ebenso einsetzen wie für die Erleichterung der Einbürgerung von Ausländern und Ausländerinnen, die schon fünf Jahre und länger hier leben und arbeiten, ebenso für die Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit. Jedes in Deutschland geborene Kind eines rechtmäßig hier lebenden ausländischen Elternteils soll automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.

Wir werden die Gemeindeordnung dahingehend ändern, daß Ausländern und Ausländerinnen die Beteiligung an kommunalpolitischen Entscheidungen auch vor einer Neuordnung des Wahlrechts ermöglicht wird. In Bayern sollen vermehrt Ausländerbeiräte eingerichtet und ihre Stellung gestärkt werden. Wir wollen gleiche Bildungschancen für ausländische Mitbürger und die Verbesserung ihrer Stellung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt.

Wir werden den Vollzug des Ausländerrechts, das in Bayern restriktiv und diskriminierend gehandhabt wird, human und sozial gestalten. Menschen, die in Deutschland straffällig werden, dürfen nicht in ihr Heimatland abgeschoben werden, wenn sie dort Folter oder die Todesstrafe erwartet. Die CSU betreibt mit der Ankündigung rigoroser Abschiebungen von Kurden zynischen Wahlkampf auf dem Rücken von Menschen, denen in ihren Heimatländern der Tod droht.

**Zukunft von Stadt und Umland**

Circa 25 Prozent der bayerischen Bevölkerung lebt in Städten mit über 100.000 Einwohnern, ein weiterer großer Anteil im Stadtumland. Trotz Baulandknappheit und niedrigen Geburtenziffern werden die Einwohnerzahlen und damit die Ansprüche an Bauland, Verkehrs- und andere Infrastruktur und Sozialfürsorge weiter steigen. So wird für die Region München eine Zuwanderung von bis zu 600.000 Personen bis zum Jahr 2000 vorausgesagt.

Wenn nur jeder zweite Werktätige, der in einer Kernstadt arbeitet, auch in dieser Stadt wohnt (München, Nürnberg, Ingolstadt), und wenn sich die Umlandgebiete bei der Ausweisung von Bauland für Sozialwohnungen, bei der Mitfinanzierung von Verkehrsverbänden und bei den Angeboten für Kultur und Bildung zurückhalten, wird das Stadt-Umland-Problem dramatisch. Alle verlieren: Die überbelasteten und finanziell ausgebluteten Städte, die im Stau steckenden Umlandbewohner und die vielen zu Chauffeuren und mangels örtlicher Alternativen zu Heimverwalterinnen degradierten Mütter, seltener die Väter, in den Schlafstädten.

Auf diese Weise rächt sich die Weigerung der CSU, eine moderne Landes- und Stadtentwicklung anzugehen. Es mangelt an

- einer wirksamen, dezentralen Regionalpolitik,
- einem gerechten kommunalen Finanzausgleich,
- der Absicherung ökologischer und stadtverträglicher regionaler Verkehrssysteme und
- an der Konzentration der Fördermittel im Wohnungsbau und in der Stadtentwicklung auf die Versorgung der Bevölkerungsgruppen mit kleinem und mittlerem Einkommen.

Wir werden in unserer Stadt- und Landesentwicklungspolitik dagegen mit folgenden Mitteln angehen:

- Unterstützung der stadtübergreifenden Funktionen der Städte durch einen gerechten Finanzausgleich zwischen Kommunen und Regionen auf Landesebene
- Unterstützung bundespolitischer Initiativen zur Stabilisierung der Einnahmesituation der Städte, zum Beispiele durch die Abkoppelung von der ertragsabhängigen Gewerbesteuer, zur Reform des Bodenrechts und zur Verlagerung der Subventionen des Bundes vom Straßen- auf den Schienenverkehr
- Unterstützung der notwendigen grundlegenden Reform der Kommualverwaltungen zur Steigerung ihrer Effizienz und zur Senkung ihrer Kosten
- Verlagerung von Aufgaben von der staatlichen auf die kommunale Ebene mit vollständigem Finanzierungsnachweis, vor allem im Sozial- und Bildungswesen
- Vergrößerung der Entscheidungsspielräume vor Ort, in der Kommune und in der Region (im Bezirk)
- Koordination der Stadt- wie auch der Regionalentwicklung durch die Bündelung von Zielsetzung und Erfolgskontrolle in Entwicklungsstäben in den Städten und Bezirken, wobei die Gesamtkoordination bei der Staatsregierung bleibt.

**Staatsvereinfachung und Verwaltungsreform**

Wir wollen eine demokratisch orientierte Staatsvereinfachung und Verwaltungsreform als Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips.

Unsere Ansatzpunkte sind der Verwaltungsaufbau und die Flut von neuen Gesetzen, Richtlinien, Verordnungen und Modifikationen:

- Ministerien haben politisch lenkende und Aufsichts-Funktion, sie sollen sich auf ihre gouvernementale Funktion beschränken, Vollzugskompetenzen müssen von oben nach unten verlagert werden.

- Die Regelungsdichte muß durch eine materielle Rechtsbereinigung ausgedünnt, der Gestaltungsspielraum vergrößert werden. Richtlinien sollten nur die Richtung des Verwaltungshandelns angeben, d.h. stärker Empfehlungscharakter tragen.

Im Zuge der Stärkung der mittleren und unteren Ebenen werden wir für eine angemessene Finanzausstattung sorgen. Der Finanzausgleich zwischen Staat und Kommunen muß dem Rechnung tragen.

Wir werden Sachverstand von außen in alle Fragen der Politik einschalten. Wir werden unsere Pläne öffentlich debattieren und werden "runde Tische" zum Prinzip in allen potentiell strittigen Fragen machen. Besseren Lösungen und schnellere Genehmigungsverfahren werden wir auch dadurch sicherstellen, daß wir Betroffene und Verbände von Anfang an an allen Planungen beteiligen. Wer sich für unser Land einsetzt, hat ein Recht darauf, gehört und unterstützt zu werden. Deshalb werden wir für die **Verbandsklage** eintreten.

**Unabhängigkeit der Gerichte**

Die Bedeutung der Gerichte nimmt in allen Lebensbereichen zu. Um Ihre Unabhängigkeit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtsprechung zu stärken, müssen die Gerichte demokratischer als bisher besetzt werden. Die Mitglieder des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs müssen daher ähnlich wie beim Bundesverfassungsgericht von einer Zwei-Drittel-Mehrheit des Landtags gewählt werden. Das Übergewicht der Ministerien bei der Benennung der Mitglieder der anderen Gerichte muß durch die Beteiligung von Richterwahlausschüssen wie in andern Bundesländern zurückgedrängt werden.

**Innere Sicherheit stärken, Kriminalität und Extremismus bekämpfen, Liberalität sichern**

Die registrierte Kriminalität steigt - auch in Bayern. Dies gilt für Straftaten von Einzeltätern genauso wie für das Organisierte Verbrechen. Der CSU-Regierung fällt dazu nur der Ruf nach "härteren" Gesetzen oder der Einsatz des Verfassungsschutzes ein. Dabei sagen die Fachleute, daß gerade der Drogen- und der Gewaltkriminalität, die mit an der Spitze der Zuwachsstatistik stehen, damit nicht beizukommen ist. Wir wissen, daß das Strafrecht nur ein Teil der Verbrechensbekämpfung sein kann. Mindestens ebenso wichtig sind soziale Maßnahmen, die kriminellem Verhalten vorbeugend den Boden entziehen.

Die Konservativen haben eine "geistig-moralische Erneuerung" angekündigt, aber statt dessen eine unsoziale, gesellschaftsspaltende Politik betrieben. Ein Werteverfall und die Zunahme von Gewalt und Kriminalität sind die Folge. Wir setzen unser Programm zur inneren Sicherheit dagegen, das dem berechtigten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger nach Schutz vor kriminellen Übergriffen entspricht, ohne jedoch Strafgesetz und Polizeigewalt als Allheilmittel zu sehen.

**Gesellschaftliche Bedingungen ändern**

Straftaten von vorneherein zu verhüten ist besser, als sie im nachhinein verfolgen zu müssen. Deshalb werden wir

- in der Kinder- und Jugendarbeit verstärkt darauf hinwirken, daß die Erziehung und Beeinflussung in Kindergärten und Schulen, in Jugendgruppen und durch freie Verbände soziales Lernen fördern, Gewalt ächten und gewaltfreie Konfliktaustragung lehren,

- die Familien und Wohngemeinschaften in das flächendeckende Netz sozialer Prävention einbeziehen. Blockwartähnliche Sicherheitswächter sind für uns kein geeignetes Mittel sozialer Kontrolle,

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

- alle Maßnahmen der Wohnungspolitik, des Städtebaus, der Arbeitsbeschaffung und der Ausbildungsförderung darauf ausrichten, daß sie dazu beitragen, Kriminalitätsursachen zu beseitigen,

- die private Wirtschaft - vom ungenügend kontrollierten Supermarkt und seiner "Hol' dir"-Werbung bis zur Automobilindustrie - notfalls gesetzlich dazu verpflichten, moderne Sicherungstechnik einzusetzen, um die Tatgelegenheiten zu reduzieren.

**Unsere Maßnahmen**

Wir werden die Vorbeuge- und Betreuungsarbeit im Sozial-, Gesundheits-, Familien- und Jugendbereich durch die Kommunen, Verbände und Freien Träger verbessern. Jede Mark, die hier kurzsichtig eingespart wird, muß später bei der Polizei und Justiz sowie auch im Strafvollzug doppelt und dreifach ausgegeben werden.

Kriminalitätsbekämpfung muß eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden. Wir werden daher auf kommunaler Ebene kriminalpräventive Räte fördern, in denen Vertreterinnen und Vertreter der Jugend-, Sozial- und Ordnungsämter, der Stadtplanung, aus sozialen und kulturellen Einrichtungen, aus Schulen, Vereinen und gesellschaftlichen Organisationen und aus Kirchen, Justiz und Polizei frühzeitig Konzepte aufgrund auffälliger Entwicklungen und kriminogener Ursachen erarbeiten.

Wir wollen, daß eine gut ausgebildete und motivierte Polizei sich mehr als bisher um den Schutz der Bürger kümmern kann.

Deshalb werden wir

- die Polizei von sachfremden Aufgaben und der Verfolgung der Bagatellkriminalität entlasten. Unsere Sicherheitskräfte sollen entsprechend ihrer Ausbildung effizient eingesetzt werden,

- die Anwesenheit von Schutzpolizei auf der Straße erhöhen,

- der Kriminalpolizei Verwaltungs- und Schreibarbeit abnehmen und

- die Polizei besser bezahlen. Dazu werden wir das Status- und Laufbahnrecht der Polizei dem der allgemeinen Verwaltung anpassen, den mittleren Dienst mittelfristig abschaffen und die zweigeteilte Laufbahn einführen.

- Sicherheit darf keine Frage des Geldbeutels sein. Deshalb lehnen wir die Privatisierung polizeilicher Aufgaben und die Finanzierung der bayerischen Sicherheitswacht ab.

Wir werden kompromißlos die Organisierte Kriminalität bekämpfen. Dabei unterscheiden wir uns von der CSU, die mit Rücksicht auf Steuerhinterzieher die notwendigen Maßnahmen gegen die Einschleusung von Verbrechensgeldern in die Wirtschaft verweigert.

Wir werden im Bundesrat eintreten für

- eine Verschärfung des Geldwäschegesetzes,

- einen wirksamen Zugang der Polizei zu allen Konten Verdächtiger, wenn ein Richter dies anordnet,

- eine schärfere Bekämpfung der Wirtschafts- und Umweltkriminalität und

- eine gemeinsame europäische Kriminalpolitik, um Effizienz bei der Ausschaltung des weltweit mächtigsten "Wirtschaftszweiges" Drogenhandel zu erreichen. Ohne den engeren Zu-

sammenschluß der Polizeien, auch um den Preis der Abgabe nationaler Zuständigkeiten, sind Erfolge in der Bekämpfung des international organisierten Verbrechens nicht zu erzielen.

Um dem weiteren Weg Einzelner in die Kriminalität vorzubeugen, werden wir die sozialen Dienste der Justiz, die Bewährungs-, Straffälligen- und Jugendgerichtshilfe verstärken. Im Jugendstrafrecht fehlt es an einem ausreichenden Angebot ambulanter Maßnahmen wie betreuten Arbeitsmöglichkeiten, sozialen Trainingsmaßnahmen und Täter-Opfer-Ausgleich, durch das in anderen Bundesländern Arrestanstalten geschlossen werden konnten. Der in Bayern besonders schlecht ausgestattete und rigide Strafvollzug verschlechtert die Chancen für eine Resozialisierung.

Wir werden die Situation der Opfer von Straftaten verbessern. Auf ihre Belange muß bei der Vernehmung als Zeugen besondere Rücksicht genommen werden. Wir setzen uns dafür ein, daß die Justiz künftig gesetzlich gehalten wird, die Wiedergutmachung von Schäden und Verbrechensfolgen zugunsten der Opfer vorrangig vor Geldstrafen zu berücksichtigen.

Unsere Gesellschaft ist neben der Kriminalität auch durch steigenden Extremismus gefährdet. Die CSU ist dabei auf dem rechten Auge blind. Menschenverachtende Ideologien und extremistische politische Strömungen, politisch maskierter Terror und Gewalt gegen Fremde gefährden die Demokratie. Wir werden dagegen mit aller Strenge der Gesetze vorgehen, aber ebenso durch die öffentliche Ächtung von Rassismus und Gewalt.

Die Freiheitsrechte des Einzelnen sind durch das Polizeiaufgabengesetz 1990 und das Datenschutzgesetz 1993 wie sonst nirgends in Deutschland eingeschränkt worden. Wir werden die polizeilichen Befugnisse auf das verfassungsrechtlich zulässige Maß zurückführen. Damit auch Bayern einen wirklich unabhängigen Datenschutzbeauftragten erhält, werden wir seine Stelle statt bei der Staatskanzlei beim Landtag einrichten und seine Wahl mit Zwei-Drittel-Mehrheit des Landtags durchführen. Die einmalige Beschränkung seiner Überprüfungsmöglichkeiten werden wir rückgängig machen und effektive Auskunftsrechte der Betroffenen schaffen. Der Verfassungsschutz hat keine allgemeine Zuständigkeit zur Bekämpfung der Kriminalität. Der historisch wohlbegründete und verfassungsrechtlich festgeschriebene Grundsatz der Trennung zwischen dem geheim arbeitenden Verfassungsschutz und der Polizei werden wir beibehalten.

## 2.8. Wir in Europa

### Bayern - eine europäische Region

Die Europäische Union sowie die Neumitglieder Norwegen, Schweden, Finnland und Österreich haben etwa 380 Millionen Einwohner, das sind über 7 % der Weltbevölkerung, produzieren 30 % der Weltwirtschaftsleistung und sind am Welthandel mit etwa 45 % beteiligt. Die EU ist also ein riesiger Markt mit großer Bedeutung auch für die bayerische Wirtschaft. Über die Hälfte der bayerischen Exporte geht in die EU.

Bayern ist europäisches Kernland. Seine geographische Lage, seine Geschichte, seine wirtschaftlichen Probleme und seine Sicherheit verlangen eine Staatsregierung, die eine aktive Europapolitik für die Menschen betreibt. Die europäische Integration ist nicht in erster Linie aus ökonomischen Gründen für Bayern und Deutschland wünschenswert: Deutschland, das Land mit den meisten Nachbarn in Europa, hat ein vitales politisches Interesse an einer stabilen EU, in die es fest eingebunden ist.

## Was wir kritisieren

Der europapolitische Kurs der CSU besteht auf der einen Seite aus bloßer Europanörgelei ohne konkrete Alternativen, auf der anderen Seite im Eintreten für Erweiterung und Vertiefung der EU, ohne bayerische Interessen konsequent zu verfolgen.

Die CSU will Bonn gegenüber Brüssel stärken. Das führt jedoch leicht erkennbar nicht zur Stärkung Bayerns und der Regionen, sondern zur Stärkung der Nationalstaaten in Europa.

## Unsere Ziele

Wir wollen Bayern gegenüber Brüssel stärken und bayerische Interessen entschieden in Europa vertreten. Wir sind für ein starkes Bayern in einem starken Europa. Die Europäische Union ist kein Selbstzweck. Kein Staat in Europa verfügt heute mehr für sich allein über die Möglichkeiten, wirksam Marktmacht zu begrenzen, Arbeitslosigkeit zu beseitigen, die Umwelt zu schützen und international organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Die Frage lautet deshalb heute nicht mehr, ob es die Europäische Union geben soll, sondern wie sie gestaltet wird. Wir wollen Europa nicht als seelenlose Freihandelszone, sondern als politisch gestalteten Lebensraum, in dem die Menschen Arbeit finden und in Frieden mit sich und der Natur leben können.

Seit dem Maastrichtvertrag haben die Bundesländer erheblichen Einfluß auf die deutsche Europapolitik. Wir wollen dies nutzen, um die Europäische Union zu reformieren und zu demokratisieren. Und wir wollen sie weiterentwickeln. Wer dagegen meint, Europa sei nach der Einheit für uns überflüssig, irrt nicht nur, sondern richtet auch schweren wirtschaftlichen und außenpolitischen Schaden an.

## Die Europäische Union reformieren

Mehr Demokratie und die durchgängige Beachtung des Subsidiaritätsprinzips werden immer dringlicher. Ohne politisch starke Regionen, die über möglichst viele Belange selbst bestimmen, wird Europa schwächer. Denn nur ein bürgernahes Europa wird auf die Zustimmung der Menschen stoßen. Deshalb gehört zu einer Reform der Europäischen Union genauso eine klare Abgrenzung und Neuordnung der Zuständigkeiten der politischen Ebenen wie die Abschaffung von Vorschriften, die sich nicht bewährt haben.

Insbesondere wollen wir

- den Regionalausschuß von einem Beratungsgremium zu einer echten Regionalkammer mit rechtlich garantierten Mitwirkungkompetenzen ausbauen,
- eine gerechte Neuordnung und für alle Mitgliedstaaten verbindliche Regelung der Flüchtlings- und Asylpolitik,
- Europaparlament nicht ausreichend kontrolliert wird,
- den unübersichtlichen Wildwuchs der inzwischen über 400 europäischen Förder- und Hilfsprogramme beschneiden und reorganisieren.

## Ein gutes Verhältnis zu unseren Nachbarn anstreben

Europa besteht nicht nur aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Wir wollen als Region in dieser Union die traditionellen Verbindungen zur Tschechischen und zur Slowakischen Republik, zu Ungarn und zu den Balkanstaaten in den Dienst der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit stellen. Und wir wollen beim wirtschaftlichen Aufbau helfen, damit sich die Lebens- und Einkommensverhältnisse annähern. Einen raschen Beitritt der Reformstaaten zur Europäischen Union lehnen wir dagegen in beiderseitigem Interesse ab; er hätte eine Schockwirkung auf deren Wirtschaft und würde bei uns zu erheblichen Verwerfungen des Arbeitsmarktes führen.

* * *

Herausgeber: SPD-Landsverband Bayern, Oberanger 38, 80331 München
Verantwortlich: Horst Schmidt
Redaktion: Harald Schneider
Druck: Adolf Wax GmbH, München
Gedruckt auf Recyclingpapier